

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements - Preis pränumerando  
 Vierteljährlich 2,90 RM, monatlich 1,30 RM,  
 höchstens 30 Bfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Post-  
 abonnement: 1,30 RM für pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Streifenband für  
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn  
 2,50 RM, für das übrige Ausland  
 4 RM für pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsbeständige Annon-  
 zeile über deren Raum 50 Bfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Berichts-  
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Bfg.  
 „Kleine Anzeigen“ das entsprechende  
 Wort 20 Bfg. (täglich 2 fertige Zeilen  
 Wort), jedes weitere Wort 10 Bfg.  
 Stellenanzeigen und Geschäftsver-  
 träge das erste Wort 10 Bfg. jedes  
 weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.      Dienstag, den 15. August 1916.      Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.      Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Der Krieg und die russische Sozialdemokratie.

Dem 3. Heft der in Genf erscheinenden Revue „De-  
 main“ entnehmen wir folgenden Auszug aus einem in-  
 struktiven Artikel des bekannten Führers der russischen Sozial-  
 demokratie, Genossen L. Martow.

Die Krise, die in den sozialistischen Parteien Westeuropas  
 seit Beginn des Krieges eingetreten ist, hat nur langsam auf  
 Rußland zurückgewirkt. Sicher hat es in den letzten Monaten  
 des Jahres 1914 nicht an Zeichen gefehlt, die für eine Ge-  
 dankenentwicklung sprechen, die später manche russische Sozia-  
 listen in das Lager des nationalen Sozialismus führen sollte.  
 Aber wenigstens während des ganzen ersten Kriegsjahres  
 machte sich die patriotische Strömung nur bei den Militärischen  
 und isolierten Kreisen fühlbar, ohne die offiziellen Organisa-  
 tionen der russischen sozialistischen Parteien oder die große  
 Masse der Arbeitererschaft zu berühren. Alle sozialistischen  
 Gruppen erklärten in ihren Manifesten oder durch ihre Dumo-  
 vertreter den Mythos des „Befreiungskrieges“ nicht anzu-  
 nehmen und jede Mitbeteiligung zu verweigern. Die Arbeiter-  
 massen nahmen nach der ersten Bestürzung, die der Belage-  
 rungszustand mit sich brachte, ihren ökonomischen und politi-  
 schen Kampf wieder auf. Nach der offiziellen Statistik war  
 die mittlere monatliche Zahl der ökonomischen und politischen  
 Streiks im

| 1914                                  |              |              |              | 1915         |              |
|---------------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| 1. Viertelj.                          | 2. Viertelj. | 3. Viertelj. | 4. Viertelj. | 1. Viertelj. | 2. Viertelj. |
| 248                                   | 705          | 17           | 11           | 21           | 155          |
| und die Zahl der jeweils Streikenden: |              |              |              |              |              |
| 155 000                               | 220 000      | 14 500       | 17 000       | 15 500       | 90 000       |

Allgemeine Zustimmung hat bei den Arbeitern gefunden,  
 daß der Abgeordnete Manfrow aus der sozialdemokratischen  
 Dumogruppe ausgeschlossen wurde, weil er nicht gegen die  
 Militärfreibe stimmen wollte. Die russischen sozialistischen  
 Organisationen haben auch nicht an der berühmten Konferenz  
 der „Entente“-Sozialisten in London teilgenommen. Im  
 Gegenteil, die russischen und polnischen Sozialisten wurden  
 in all ihren Gruppen bei der internationalen Konferenz von  
 Zimmerwald vertreten und haben sich ausdrücklich deren Ent-  
 scheidungen angeschlossen. Aber seitdem hat die Stimmung  
 der russischen Volksmassen einige Veränderungen erlitten. Die  
 „patriotische“ Tendenz, die bis zum Ende des Sommers 1915  
 nur einige Aussenreiter und kleinere Gruppen erobert hatte,  
 begann unter den Arbeitermassen Boden zu gewinnen.

Die politische Psychologie des „sozialen Patriotismus“  
 ist nicht die nämliche in Rußland wie in Westeuropa. . . .  
 Hier ist selbst die bürgerliche Gesellschaft in konstanter  
 Opposition gegen die Regierenden: der Grundbesitzeradel,  
 die Dynastie und die Bürokratie, die trotz der Revolution  
 von 1905 die gesamte wirkliche Macht in Händen haben.  
 Denn selbst die Schwerindustrie und die Finanzplutokratie  
 benutzen ihren Einfluß auf die politische Macht nur indirekt.  
 Daher ist die große Masse der Nation, die in jeder gegenwärtigen  
 Gesellschaft am stärksten moralisch und politisch von der  
 Bourgeoisie beeinflusst wird — die Kleinbürger, die Intellek-  
 tuellen und die Arbeiter —, in einer ständigen politischen  
 Gärung, die Stabilität der politischen und sozialen Zustände,  
 die im Jahre 1914 in den Monarchien und Republiken des  
 Westens herrschte, existiert hier nicht.

Unter diesen Umständen mußte der Krieg früher oder  
 später eine noch tiefere Scheidung zwischen der herrschenden  
 Klasse und der ganzen russischen Gesellschaft herbeiführen,  
 die gezwungen ist, jetzt im 20. Jahrhundert unter einem Regime  
 der Tyrannei und der asiatischen Korruption zu leben. Daneben  
 hat er freilich, wie überall, die nationalistischen Leidens-  
 schaften erregt und für einige Zeit den „Burgfrieden“ zwischen  
 den reaktionären Parteien und der bürgerlichen, liberalen und  
 radikalen Opposition herbeigeführt.

Die großen militärischen Niederlagen von 1915 in Galizien  
 und Polen und die schwere ökonomische Krise haben den  
 Burgfrieden in einen erbitterten Kampf zwischen den  
 bürgerlichen Parteien, die ans Ruder kommen wollen, der  
 Bürokratie und deren Verbündeten, dem reaktionären Adel,  
 entseffelt. Die große Masse der Stadt- und Landbewohner,  
 die mit unerhörtem Unglück überladen ist, hat gefühlt: der  
 Moment kommt, wo die Feinde, die wir am meisten verachtet  
 haben, unter dem Gewicht ihrer Unfähigkeit, die der Krieg  
 gezeigt hat, zusammenbrechen. Es ist ganz natürlich, daß diese  
 ganze oppositionelle Bewegung, sowohl die der gemäßigten  
 Bürgererschaft, wie die des demokratischen Radikalismus, sich  
 wie eine nationalistische Bewegung entwickelt. Die kleinere  
 und mittlere Bürgererschaft glauben an einen „Befreiungs-  
 krieg“, der gleichzeitig den vaterländischen Boden vom deut-  
 schen Feind läubert und sie von der Autokratie befreit. Die  
 gemäßigten Liberalen spekulieren immer darauf, daß die auf  
 dem Schlachtfelde besiegte Monarchie immer mehr gezwungen  
 ist, sich um den Preis einiger politischer Zugeständnisse auf  
 die kapitalistische Bourgeoisie zu stützen. Die Demokraten  
 liebäugeln mit der Idee eines sozialistischen revolutionären  
 Massenaufstandes, der der gemeinsame Ausdruck des  
 Schreckens vor dem deutschen Angriff und der Abneigung  
 gegen den eigenen Unterdrücker wäre und radikal dem Paris-

mus ein Ende machen soll. Man beruft sich dabei auf die  
 französischen Revolutionskriege von 1792/93 und setzt die  
 größten Hoffnungen auf die russische Armee, die im Aufruhr  
 gegen die unfähige und verdorbene Führung durch die Leute  
 des alten Regimes sich der patriotischen Demokratie anschließt.  
 Dieser geistige Zustand der Kleinbürgerschaft und der Intellek-  
 tuellen wirkt wieder auf die sozialistischen und Arbeiter-  
 kreise zurück. So hat der nationalistische Sozialismus im  
 Moment einen unbestreitbaren Einfluß auf einen Teil der  
 Arbeiterklasse gewonnen.

Zweifellos wollen die meisten von den russischen Sozia-  
 listen, die dem Patriotismus verfallen sind, Plechanow auf  
 seinen Weg (der Unterhandlungen mit der Reaktion) nicht  
 folgen und versuchen, der Idee einer „Revolution im Namen  
 der nationalen Verteidigung“ treu zu bleiben. Später oder  
 früher müssen sie aber zwischen der Politik Plechanows und  
 dem Verzicht auf ihren Gesichtspunkt wählen. Durch den  
 imperialistischen Krieg kann das Problem der Emanzipation  
 Rußlands nicht gelöst werden, vielmehr nur durch die Er-  
 schütterung der imperialistischen Reaktion der ganzen  
 Welt, die im letzten Grunde die Ursache der Beibehaltung  
 des Absolutismus in den zurückgebliebenen Ländern ist.  
 Nur eine revolutionäre Bewegung, die sich auf den Kampf  
 gegen diese Reaktion stützt, und dadurch von jeder sozialisti-  
 schen Beschränkung frei ist und offen sich gegen den Krieg  
 richtet, kann wirksam sein und kann auch in den rein nationa-  
 len Problemen Früchte tragen. . . . Es kann jetzt keine  
 . . . Bewegung außer der Bewegung gegen den  
 Krieg und für den Frieden geben.

Diese Idee den Volksmassen Rußlands beizubringen und  
 ihr Gewissen über die Illusionen eines „revolutionären Pa-  
 triotismus“ zu erheben, das ist die Aufgabe der international  
 gesinnten Sozialisten Rußlands. In diesem Sinne hat am  
 23. Februar der Führer der sozialdemokratischen Gruppe der  
 Duma Nikolaus Tschaidze gesprochen und kategorisch den  
 unmittelbaren Frieden verlangt und im Namen seiner  
 Gruppe sich mit der Zimmerwalder Konferenz und den sozia-  
 listischen Minderheiten Frankreichs und Deutschlands einver-  
 standen erklärt.

## Die polnische Frage.

Nach offiziellen Wiener Meldungen haben die Verhandlungen  
 zwischen dem Reichsminister und Staatssekretär v. Jagow einerseits  
 und den maßgebenden Wiener Persönlichkeiten andererseits zu einem  
 vollen Einvernehmen in allen erörterten Fragen geführt.  
 Damit dürfte, wie die „Kreuz-Ztg.“ annimmt, auch über die  
 Regelung der Polenfrage entschieden sein. Es ist  
 begreiflich, daß angesichts dieser Sachlage selbst die bürgerliche Presse  
 ihre Unzufriedenheit äußert und nicht glauben will, daß man die  
 Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen stellen wird. So  
 schreibt G. Bernhardt in der „Bosnischen Ztg.“ über die pol-  
 nische Frage:

„Diese Frage ist wohl die wichtigste, die augenblicklich über-  
 haupt zu entscheiden ist. Nicht bloß wegen der großen Bedeutung,  
 die das endgültige Schicksal Polens für die Außenpolitik Deutsch-  
 lands und Oesterreich-Ungarns und mithin für die Zukunft der  
 inneren Politik der beiden Kaiserreiche haben dürfte. Auch nicht  
 allein deshalb, weil das dauernde Zukunftsverhältnis zwischen  
 Deutschland und seinem größten Verbündeten dadurch wesentlich  
 mitbestimmt werden muß. Viel wichtiger noch als all das erachtet  
 uns, daß von der mehr oder weniger glücklichen Lösung der Polen-  
 fragen — vielleicht auch von ihrer Nichtlösung — Frist und Art des  
 Ausgangs dieses Krieges bestimmt wird. . . .“

Das Verhalten der zuständigen Stellen in dieser wichtigen  
 Lebensfrage erscheint uns wenig verständlich. Niemand außerhalb  
 des Kreises der Mitwirkenden und ihrer Stäbe weiß, wohin die  
 Reise gehen soll. Selbst über die Einzelheiten der polnischen Zu-  
 kunft sind nur Gerüchte vorhanden, und auch diese Gerüchte schon  
 gehen in Vielem, und zwar gerade im Wichtigsten, auseinander.  
 Aber, welchem großen Ziel nach den Absichten unserer Regierung  
 die Etappe Polen die Wege ebnen soll, weiß überhaupt niemand.“

In ähnlichem Sinne äußert sich die „Deutsche Tages-  
 zeitung“:  
 „Wir können nicht recht glauben, daß man in der polnischen  
 Frage das deutsche Volk eines Tages vor vollendete Tatsachen  
 stellen wolle. Daß ein solches Verfahren völlig unverein-  
 bar mit dem Versprechen sein würde, dem deutschen Volke  
 rechtzeitig Gelegenheit zur Äußerung über die Kriegsziele zu  
 geben, braucht ja kaum erst gesagt zu werden; es dürfte aber doch  
 wohl um so weniger in Frage kommen, je bedeutsamer,  
 schwieriger und umstrittener ein Problem der politischen  
 Neuordnung in Europa ist.“

Skeptisch äußert sich die „Kreuz-Ztg.“, die der Ansicht ist,  
 daß wir in der polnischen Frage bereits vor vollendeten Tatsachen  
 stehen:

„Wenn die „Münch. Neuest. Nachrichten“, schreibt das Kon-  
 servative Organ, die Ansicht ausdrücken, daß die weitere Auf-  
 rechterhaltung des Jenseitverbois der Kriegszielerörterung be-  
 züglich der Polenfrage fortan mit der Fufage, daß die Erörte-  
 rung rechtzeitig freigegeben werden solle und daß man das  
 deutsche Volk nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen gedenke,  
 nicht mehr vereinbar sei, so befürchten wir unsererseits, daß diese  
 Erörterungen in der Polenfrage keinen sonder-  
 lichen Zweck mehr haben werden, weil eben voll-  
 endete Tatsachen bereits vorliegen. Aber wir  
 gehen wohl nicht fehl, wenn wir gerade in der Polenfrage einen  
 Grund dafür vermuten, daß man die Kriegszielerörterung über-  
 haupt bisher nicht freigegeben hat.“

Im Anschluß daran glaubt die „Kreuz-Ztg.“, daß nach Fortfall  
 des Hindernisses in Gestalt der polnischen Frage die „so ziemlich in  
 allen politischen Lagern geteilten Wünsche“ hinsichtlich der Kriegs-

zielerörterung erfüllt werden könnten. Gleichzeitig unterstützt sie die  
 Anregung Georg Bernhards, die Vertreter der Presse von den Ab-  
 sichten und Zielen der Regierung in der polnischen Frage in Kenntnis  
 zu setzen.

Den Zweck einer solchen Maßnahme vermögen wir nicht ein-  
 zusehen. Denn um „verständnisvoll — schweigen“ zu können, wie  
 Herr Bernhardt seinen Wunsch begründet, dazu bedarf es  
 wahrlich keiner besonderen Maßnahmen. Der Öffentlichkeit  
 wäre damit nicht gebietet und allein darauf kommt es in diesen  
 wie in allen anderen Fragen an.

## Die französische Minderheitsresolution.

Die Resolution der französischen Minderheit auf der  
 Tagung des Nationalrats wird von der „Humanité“ zu-  
 sammen mit dem ausführlichen Verhandlungsbericht wiedergegeben.  
 Wir werden auf die zum Teil sehr bewegten Debatten zurück-  
 kommen. Der Text der Minderheitsresolution wurde nicht zur Ab-  
 stimmung gebracht, da die Priorität der Majoritätsresolution mit  
 1835 gegen 1081 Stimmen bei 17 Enthaltungen und 46 Abwesenden  
 angenommen war. Es wurde dann noch über die einzelnen Absätze  
 der Minderheitsresolution abgestimmt. Die Minderheit stimmte jedoch  
 nicht mit, sondern erachtete, sie als „abwesend“ zu betrachten, um  
 auf diese Weise eine Spaltung der Minderheit zu verhindern. (z)

## Die Haltung Rumäniens.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin, 12. August, ge-  
 meldet: Die Zeitungen besprechen in Ermangelung öffent-  
 licher Kundgebungen alle Mitteilungen, die in der ausländi-  
 schen und vor allem in der rumänischen Presse verbreitet  
 werden und die einen Rückschluß auf die Frage zu gestatten  
 scheinen, ob Rumänien an seiner Neutralität festhalten  
 oder über kurz oder lang an der Seite des Vierverbandes in  
 den Krieg eingreifen wird. Dagegen wäre nichts zu sagen,  
 wenn die Verbreitung solcher Nachrichten mit der gebotenen  
 Vorsicht und Zurückhaltung geschähe. Die Presse ist betam-  
 lich ein nicht unwichtiges Werkzeug der auswärtigen Politik,  
 und die Vorbereitung dieses Krieges darf als Beweis dafür  
 gelten, daß das Ausland sich dieses Werkzeuges sehr geschickt  
 und wirkungsvoll zu bedienen verstanden hat. So beachtens-  
 wert alle Mitteilungen sein mögen, die über die zukünftige  
 Haltung Rumäniens verbreitet werden, so wird man sich doch  
 hüten müssen, sie immer als positive Wahrheiten zu nehmen  
 und darauf weitgehende politische Schlüsse zu bauen. Es sieht  
 vieles symptomatisch und dem Leser wohlgefällig aus, was  
 nur zur Irreführung bestimmt ist.

Es liegt nach unserer Meinung kein Grund vor, die Frage  
 der rumänischen Neutralität heute irgendwie freundlich zu  
 beurteilen als vor einigen Wochen, womit nicht gesagt sein  
 soll, daß sie sich ungünstig gestaltet hätte. Die Gestaltung  
 der militärischen Lage wird nach wie vor für die  
 rumänische Entscheidung den Ausschlag geben.

## Zum russisch-japanischen Bündnisvertrag.

Frankfurt a. M., 14. August. (B. Z. B.) Die „Frank-  
 furter Zeitung“ schreibt: Von wohlunterrichteter Seite wird  
 mitgeteilt, daß außer den beiden bisher veröffentlichten Arti-  
 keln der russisch-japanische Bündnisvertrag  
 noch einen dritten (geheimen) Artikel enthält, der  
 folgendermaßen lautet: Artikel 3a. Rußland tritt an  
 Japan die Eisenbahnstrecke zwischen Kwangschengte und der  
 zweiten Station am Sungari ab. b) Den Japanern wird  
 das Recht der freien Ansiedlung und des freien Handels in  
 Sibirien zugestanden, c) Schiffsahrts- und Fischereirechte auf  
 dem Sungarifluß werden von den Japanern in gleichem Um-  
 fange wie von den Russen ausgeübt werden. d) Durch den  
 Vertrag wird der japanischen Regierung keine Verpflichtung  
 auferlegt, Land- oder Seestreitkräfte nach Europa zu senden.  
 e) Japan verpflichtet sich, Rußland mit Kriegsmaterial  
 zu versorgen.

## Zum Verkauf der dänisch-westindischen Inseln.

Kopenhagen, 14. August. (B. Z. B.) Das Folkething schied  
 heute die Aussprache über den Beschluß betreffend den Verkauf  
 der dänisch-westindischen Inseln mit dem Abänderungs-  
 vorschlag betreffend die Abhaltung einer Volksabstimmung  
 fort. Der Ministerpräsident schloß die Aussprache folgen-  
 dermaßen: Wenn der Reichstag die Vorlage annimmt, ist die Sache in  
 Ordnung. Wenn der Reichstag sie verwirft, so wird das Ministerium  
 baldmöglichst eine Vorlage über das Inkrafttreten eines neuen  
 Verfassungsgesetzes und die Vornahme von Wahlen einbringen.  
 Gleichzeitig wird die Regierung Amerika um einen Aufschub er-  
 suchen. Ob dies gelingt, kann ich nicht sagen. Jedenfalls trifft  
 die Verantwortung diejenigen, die den Vorschlag verwerfen. Es  
 wird kein geringer Aufschub sein, da die Wahlen erst im November  
 stattfinden können. Es ist übrigens nicht nötig, den Vorschlag ab-  
 zulehnen, um Wahlen zu erreichen. Keinhert nach der Annahme  
 des Vorschlages irgendeine Partei den Wunsch nach Reichstags-  
 wahlen, so wird die Regierung dem Wunsch nachkommen.

Der Abänderungsvorschlag wurde darauf mit 62 Stimmen der  
 Radikalen und Sozialisten gegen 44 der Linken und Konservativen  
 bei einer Stimmenthaltung angenommen. Sechs Mitglieder  
 waren abwesend. Die abgeänderte Vorlage wurde darauf mit  
 derselben Stimmenzahl angenommen.  
 Das Landsting behandelte den Vorschlag morgen.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Nördlich der Somme war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Die Franzosen besetzten das eroberte Gelände. Ein deutscher Gegenangriff, der in Massen kam und auf die Kirche und den Friedhof von Maurepas ging, wurde durch das Feuer unserer Maschinengewehre angehalten. Die Deutschen erlitten schwere Verluste und ließen achtzig Gefangene in den Händen der Franzosen. Auf dem rechten Ufer der Maas machten die Franzosen südlich von Fleury leichte Fortschritte. Die Deutschen versuchten mehrere kleine Angriffe in derselben Gegend, die leicht zurückgewiesen wurden. Die Artillerien waren im selben Abschnitt sehr tätig. Feldweibel Renoir schoß sein siebentes Fluggew bei Sincery (Maas) in den deutschen Linien ab. In der Nacht vom 12. zum 13. warfen französische Geschwader 120 großkalibrige Bomben auf den Bahnhof von Metz-Sablons und auf Werfstätten, Bahnen und Kasernen in Metz.

Paris, 14. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntagabend. Nördlich der Somme versuchte der Feind während des Tages keine Gegenunternehmung. Kleine Teilkämpfe erlaubten uns an den Hängen der Höhe 100 Fortschritte zu machen. Der Artilleriekampf wurde ziemlich heftig in den Abschnitten von Barleux und Chauvines fortgesetzt. Auf dem linken Ufer der Maas ist gestern gegen Ende des Tages ein starker deutscher Angriff auf unsere Linien südlich des Waldes von Avocourt durch unser Sperrfeuer und unsere Handgranatenwürfe angehalten worden. Unterbrochene Artilleriefeuer auf dem rechten Ufer. Am Nachmittag feuerte ein feindliches Geschütz von großer Tragweite 4 Granaten großen Kalibers in der Richtung auf Rancy.

Belgischer Bericht: Ziemlich lebhaftes Artillerietätigkeit an der Front der belgischen Armee, besonders in der Gegend von Dignude, Kampf mit Handgranaten beim Jährmannshaus.

Britischer Heeresbericht: Auf dem Bergkamm nordwestlich von Bagin-le-Petit gewannen wir Gelände in Richtung auf Martinpuich und wir bemächtigten uns der feindlichen Gräben nordwestlich von Pozidres. Das ziemlich merkliche Fortschreiten brachte unsere Front drei oder vierhundert Meter vorwärts auf einer Länge von ungefähr 1000 Metern. Unsere Verluste sind verschwindend gegenüber dem heftigen Sperrfeuer der feindlichen Artillerie. Vergangene Nacht sind drei glückliche Handfeuer auf die deutschen Gräben ausgeführt worden: Der erste südwestlich der Ferme La Folle gegen den Stamm bei Vimy, der zweite gegenüber Colonne und der dritte östlich von Armentières. Der Feind erlitt starke Verluste. Ein Maschinengewehr und Gefangene fielen in unsere Hände. Die Deutschen versuchten bei dem Höhenzollernwerk einen Angriff, der mit Verlusten durch unsere Infanterie zurückgeschlagen worden ist. Wir haben mehrere Bayern gefangen genommen. Der Feind brachte östlich von Cabaret rouge eine Mine zur Explosion. Wir besetzten den Sprengtrichter. Wir ließen drei Minen nördlich von Reuvedapelle springen, ebenso südlich von Carrières und nordwestlich von Pully. Der Feind machte keinen Versuch, sich der Sprengtrichter zu bemächtigen.

## Die englische Meldung.

London, 13. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht des Generals Haig. Nordwestlich von Bagin-le-Petit gewannen die Briten in Richtung auf Martinpuich Boden. Nordwestlich von Pozidres rüdten die Briten auf einer Front von einer Meile weiter gegen 400 Yards vor.

London, 14. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht des Generals Haig. Ein feindlicher Bombenangriff südöstlich von Guilleumont wurde zurückgewiesen. Nördlich von Pozidres wurde die Zusammenziehung großer feindlicher Streitkräfte wahrgenommen; die britische Artillerie zerstreute sie mit Erfolg.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 14. August. (W. Z. V.) Amtlicher Nachmittagsbericht.

Westfront: Im Raume von Komogrod, Goroditschische und Stolpe überflogen feindliche Flieger unsere Linien. 10 Bomben wurden auf Feldlagarett bei dem Hofe Adamowo (16 Kilometer) nördlich von Wir geworfen. Ein deutsches Flugzeug, das die Stadt Rischew überflog, wurde in der Luft von unserem Flieger, dem Kapitän Aroutenn, angegriffen und nach kurzem Luftkampf abgeschossen. Die feindlichen Flieger wurden zu Gefangenen gemacht und der Apparat genommen. In der Nacht zum 11. August wurde in der Gegend von Krasno der Feldprediger, der König Anatol, durch ein Explosivgeschütz am Oberschenkel verwundet, als er am Drahthindernis seine seelsorgerische Tätigkeit bei einem sterbenden Freiwilligen ausübte, der von einer nächtlichen stürmischen Patronen-Unternehmung zurückkehrte. Im oberen Bereich hielten die Truppen des Generals Sacharow ihre Erfolge weiter aus, sie entrißen dem Feinde eine Reihe besetzter Stellungen und erreichten die Linie Jovien (? Jovyn) - Olejow - Bartzu (? Bortowica?). Der Einbruch in die Strypafront zwang den Feind, seine stark besetzten Stellungen aufzugeben. Auf der Verfolgung des Feindes nahmen die tapferen Truppen des Generals Tscherbatschew die Stadt Jegierna und trugen ihre Front auf der ganzen Linie weiter nach Westen vor. Sie erreichten an der oberen Strypa die Dörfer Plauza, Wiella-Plotzka, überschritten dort den Fluß und erreichten das rechte Ufer. Südlich Plotzka wurde die Linie Slawoboda - Lissa erreicht. Wir näherten uns der Stadt Podhajce und dem Flecken Holboce. Unsere Abteilungen, welche den Unterlauf des Koropie überflogen, verfolgten den Feind und nahmen seine Stellung auf den Höhen zwischen dem Koropie, der Plota Lipa und Horozanka. Sie erreichten im Westen den Dnjepr bei Marzampol.

Am 11. August wurde ein belgisches Panzerautomobil insbesondere in der Gegend von Gebrow mit Erfolg verwendet. An den Flüssen Bystrzka Radwornianska und Bystrzka Solotwinska setzen unsere Truppen den Brückenbau und den Übergang auf das westliche Ufer fort. Der Gegner beschließt unsere Arbeiten und unsere Truppen, die über die Flüsse stehen, mit Artillerie von den Höhen des westlichen Ufers der Bystrzka Solotwinska. Südlich Delatyn in dem Karpaten-Waldgebiet hält unser Vorgehen bei Worochta, Nagura und Pablonica an. Wir besetzten hier einige Höhen und wiesen sämtliche Angriffsversuche des Feindes ab. Im Bewußtsein der Bedeutung der gestern erfolgten Erfüllung des ganzen Abschnittes der im Winter ausgebauten feindlichen Linie, besaßen sich alle Armeen in ihren Verichten die Tropfen aufzutropfen, die sie im Laufe der verfloßenen Kampfhandlung erbeutet haben. So haben die Truppen des Generals Sacharow in der Zeit vom 4. bis 11. August 804 Offiziere und 16.594 Mann gefangen genommen und 4 Geschütze, 47 Maschinengewehre und 16 Bombenwerfer erobert. Die Truppen des Generals Tscherbatschew nahmen in der Zeit vom 4. August bis jetzt 1268 Offiziere und 55.158 Soldaten gefangen und erbeuteten 55 Geschütze, 211 Maschinengewehre, 20 Bombenwerfer und Minenwerfer, 128 Artilleriemunitionskisten. Die Truppen des Generals Leischicht machten vom 1. bis 10. August 141 Offiziere, 10.450 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 9 Geschütze, 77 Maschinengewehre.

Kaukasus: Am westlichen Ufer des Van-See in der Gegend von Tadbun machten wir einen Gegenangriff und warfen die Türken nach Süden.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 14. August 1916. (W. Z. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich der Straße Thiepval-Pozidres war es den Engländern gestern früh gelungen, in etwa 700 Meter Breite in unseren vordersten Graben einzudringen; im Gegenangriff wurden sie heute nacht wieder hinausgeworfen. Vor Guilleumont und der südlich anschließenden Linie sind Massenangriffe des Feindes unter schwerster Einbuße für ihn abgeschlagen worden. Ebenso brachen zwei sehr starke französische Angriffe im Abschnitt von Maurepas bis östlich von Hem zusammen.

Nachträglich ist gemeldet, daß die Franzosen in der Nacht vom 13. August das Dorf Fleury und unsere Stellungen östlich davon angegriffen haben und glatt abgewiesen sind. Ein feindlicher Handgranatengriff ist gestern nordwestlich des Werkes Thiaumont gescheitert.

Am und südlich vom Kanal von La Vasse herrschte lebhaftes Geschütztätigkeit. Vielsach zeigten die feindlichen Patronen größere Regsamkeit, besonders gingen nordwestlich von Reims stärkere Aufklärungsabteilungen nach ausgiebiger Feinervorbereitung vor; die Unternehmungen waren ohne Erfolg.

Ostlich Bapaume wurde ein englisches Fluggew im Luftkampf zur Landung gezwungen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

In der Gegend von Strobowa, sowie am Dginsky-Kanal südlich des Wogonowskoje-See wurden feindliche Vorstöße abgeschlagen; deutsche Abteilungen zerprengten östlich des Kanals russische Vortruppen unter erheblichen Verlusten für diese.

Bei Jareze am Stochod ist ein Gefecht gegen vorgebrungenen Feind zu unseren Gunsten entschieden.

Starke feindliche Angriffe richteten sich gegen den Luch- und Graberla-Abschnitt von Brody, sie wurden blutig abgewiesen; neue Angriffe sind dort im Gange.

#### Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Abschnitt Zborow-Koniach scheiterten russische Angriffe, eingebrochene Teile des Feindes sind durch Gegenstoß zurückgeworfen, über 300 Gefangene sind eingebraht.

Auch westlich von Monasterzyska lief der Gegner vergeblich an, er erlitt in unserem Feuer große Verluste.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse; selbst die Scheintätigkeit des Feindes flaute ab.

### Oberste Heeresleitung.

#### Ein englischer Zerstörer versenkt.

Amtlich. Berlin, 14. August. Eines unserer U-Boote hat am 13. August vormittags im englischen Kanal den englischen Zerstörer „Laffoo“ versenkt.

Der Chef des Admiraltäbes der Marine.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 14. August 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Russischer Kriegsschauplatz.

#### Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Südlich des Dnjepr keine besonderen Ereignisse. Auf den Höhen nördlich von Mariampol wurde gestern durch unser Feuer eine attackierende russische Kavalleriebrigade zerprengt. Heute in den Morgenstunden trat der Feind an der ganzen Front zwischen dem Dnjepr und der Gegend südwestlich von Haloeze mit den verbündeten Streiträften wieder in engere Gefechtsföhlung. Südlich von Horozanka scheiterte ein russischer Vorstoß. Westlich von Kozowa verjagten unsere Truppen brandstiftende Abteilungen. Bei Augustowka und im Raume von Zborow wehrten unsere Bataillone zahlreiche russische Angriffe ab. Es wurden 300 Gefangene eingebraht.

#### Heeresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die Arme des Generalobersten von Boehm-Ermolli schlug südwestlich von Podkamien einen durch mehrstündiges Trommelfeuer eingeleiteten und durch den Gebrauch von Gasbomben unterstützten Massenangriff zurück; das Vorfeld unserer Stellungen ist von toten und schwerverwundeten Russen bedeckt. Neue Kämpfe sind im Gange. Bei Hulewice am Stochod scheiterte ein schwerer russischer Vorstoß. Südlich von Stochod wurde ein vom Feinde besetzter Sandhügel genommen und die Besatzung des Stützpunktes gefangen.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Starke feindliche Kräfte griffen unsere Stellungen östlich des Talone-Tales zwischen Lovica und der Bippoch sieben Male an, wurden aber von unseren Truppen immer wieder vollständig zurückgeschlagen. Die Infanterie-Regimenter Nr. 43 und 46 haben sich wieder glänzend bewährt.

Die Höhen östlich von Gdrz, der Monte San Gabriele und der Monte Santo fanden unter heftigstem Geschützfeuer.

Im Euganer-Abschnitt brachen zwei feindliche Angriffe auf dem Uvaron in unserem Feuer zusammen.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

#### Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Sofer, Feldmarschallentant.

### Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 13. auf den 14. hat ein Seeflugzeuggeschwader den Bahnhof Konchi, militärische Objekte und Stellungen in Pieris, Vermigliano, Selz und San Cangiano sowie eine feindliche Batterie an der Hongo-Mündung sehr erfolgreich mit Bomben belegt und viele Volkstreffter erzielt. Alle Flugzeuge sind trotz heftigster Beschichtung unverseht eingerückt. Flottenkommando.

Petersburg, 13. August. (W. Z. V.) Amtlicher Abendbericht.

Westfront: Der Übergang über die Flüsse Strypa, Koropie, Plota Lipa wird fortgesetzt. Wir nahmen die Stadt Podhajce und am Dnjepr besetzte unsere Kavallerie die Stadt Marzampol. In der Gegend der Bystrzka waren wir dem Gegner auf das linke Ufer der Bystrzka Solotwinska. Bei diesem Kampf nahm eines unserer Infanterieregimenter 12 Offiziere und 1000 Mann gefangen und erbeutete 7 Maschinengewehre und ein Grabengeschütz.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Sonntag. Unsere unermüdbaren Truppen trugen gestern am Unterlauf des Hongo neue glänzende Erfolge davon. Im Abschnitt von Monsalcone eroberten sie nach zweitägigen erbitterten Kämpfen die Höhe des Hügel 121 und Debeli. Mehr nördlich dehnte sie, indem sie über Valone in seiner ganzen Länge vorrückten, die Besetzung bis 1 Kilometer östlich von Oppachiasella aus. Am Westrand des Karst wurde die sehr hohe Höhe Rad Logen (Höhe 212), die vom Feinde mit außerordentlicher Kraft verteidigt wurde, von Infanterietruppen der 23. Division im Sturm genommen. Es wurden 1565 Gefangene gemacht, darunter 67 Offiziere, und 2 Geschütze mittleren Kalibers sowie einige Maschinengewehre erbeutet. An der übrigen Front die gewöhnlichen Demonstrationen des Feindes, die überall zurückgewiesen wurden. Seit den Operationen vom 6. August bis jetzt haben wir 15.393 Gefangene gemacht, von denen 330 Offiziere sind. Die Kriegsbeute beträgt 16 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und Kriegsgerät jeder Art, gesammelt auf dem Schlachtfeld und in den Görzer Sammelstellen. Feindliche Flugzeuge warfen in der letzten Nacht Bomben auf Grado und Campalto und vertumdeten drei Seelen. Eines unserer kleinen leichten Luftschiffe wurde in Brand gesetzt, Privathäuser wurden beschädigt.

Cadorna.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 13. August. (W. Z. V.) Hauptquartiersbericht:

An der Front herrschte Ruhe. In Persien verjagte unsere Armee infolge mehrerer Gefechte auf dem rechten Flügel die Russen aus der Ortschaft Hamadan und aus der Ebene von Hamadan und zwang sie in nördlicher Richtung zu fliehen. In diesen Kämpfen machten wir 315 Gefangene, darunter einen Offizier und fügten dem Feinde in einem einzigen Kampfe in einer besetzten Stellung einen Verlust von ungefähr 1000 Toten und Verwundeten zu. Der Feind ließ 2000 Riflen mit Infanteriemunition zurück. Er hatte eine Menge Gewehre, Kleidungsstücke und Ausrüstungsgegenstände nicht mit sich führen können und wir fanden sie teilweise beschädigt und verbrannt vor. Die Operationen von Eshabad bis Hamadan spielten sich folgendermaßen ab: Am 9. August griffen unsere den Feind verfolgenden Truppen gegen Mittag, nachdem es klar geworden war, daß der aus der Ortschaft Eshabad vertriebene Feind sich anschieben würde, mit allen Kräften in stark eingerichteten Stellungen nordöstlich dieser Ortschaft Widerstand zu leisten, den Feind von verschiedenen Seiten in diesen Stellungen an, warfen ihn hinaus und machten eine große Zahl Gefangene. Am 9. August lieferten unsere Soldaten dem Feinde in der Umgegend von Eshabad ein Gefecht. Sie führten trotz eines ununterbrochenen Marsches von 30 Kilometern erfolgreiche Angriffe und Stürme gegen den Feind aus, der sich auf den sehr besetzten Höhen verschanzt hatte, und gaben so einen Beweis lebenswerter Tapferkeit und Ausdauer. Am 10. August nahmen unsere Truppen frühmorgens die Verfolgung des Feindes wieder auf und warfen seine Nachhut, die aus starken Kavallerie-Abteilungen bestand, in bis zum Abend aufeinanderfolgenden Angriffen nach Osten in die Ebene von Hamadan zurück und drangen in Hamadan ein. Am 10. August abends hatten unsere Flügelabteilungen Gefechte mit feindlicher Kavallerie, auf die sie in der Umgebung von Hamadan stießen. Sie schlugen sie in nordöstlicher Richtung in die Flucht. Am 11. August morgens wurden die feindlichen Truppen, die im nördlichen Teile der Ebene von Hamadan standen, gleichfalls durch einen Angriff vertrieben. Diese Ebene wurde gänzlich vom Feinde gesäubert. Im mittleren Abschnitt fanden nur Gefechte zwischen Erkundungsabteilungen statt. Im Abschnitt des linken Flügels griff eine aus verschiedenen Waffengattungen zusammengesetzte feindliche Streitmacht unsere Stellungen bei Sakiz an. Sie wurde aber geschlagen und mußte sich gegen Abend zurückziehen, wobei sie durch Gegenangriff unserer Truppen Verluste erlitt.

Kaukasusfront: Ein Teil der Truppen unseres linken Flügels trieb den Feind, der sich auf den Höhen südlich von Tatuun aufhielt, nach Norden in Richtung auf Akklatte zurück und besetzte diese Ortschaft, sowie die nördlich davon gelegenen Hügel. Im Gebiete nördlich von Vitlis war auf einer Strecke von 30 Kilometern nichts vom Feinde zu merken. Feindliche Kavallerie, die nördlich von Rusch im Dorfe Firaby angetroffen wurde, wurde in nördlicher Richtung auf Rumkum zurückgetrieben und ließ einige Gefangene in unseren Händen. Im Zentrum wurden kleine überraschende Angriffe des Feindes abgeschlagen. Im Zentrum und auf dem linken Flügel zeitweilig aussehende Artillerietätigkeit. In Zusammenschluß unserer Erkundungsabteilungen mit denen des Feindes machten die Unfrigen einige Gefangene und erbeuteten Bomben und Gewehre.

An den übrigen Fronten nichts Neues.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 13. August. (W. Z. V.) Generalstabsbericht. Nach seinem vergeblichen Angriff vom 10. August gegen unsere vorgehobenen Stellungen westlich vom Doiran-See beschränkte sich der Feind in den beiden letzten Tagen darauf, dieselben Stellungen mit geringerer Festigkeit als früher mit Geschützen zu beschließen. Bewegungen der Infanterietruppen wurden nicht beobachtet. An der übrigen Front schwaches Artilleriefeuer und Gefechte zwischen Patronen.

## Vom U-Boot-Krieg.

Bern, 13. August. (W. Z. V.) Die französischen Blätter melden aus Havre vom 11. August: Ein deutsches Unterseeboot hat vier Schiffe, nämlich den französischen Dampfer „Marie“, die norwegischen Schiffe „Credo“ und „Sora“ und das dänische Schiff „Robert“ angehalten. Die drei ersten wurden versenkt. Der Kommandant des Unterseebootes erklärte, daß die norwegischen Schiffe Ladungen hätten, die als Kriegsbandware betrachtet werden müßten. Das dänische Schiff „Robert“ wurde wegen Unbedenklichkeit der Ladung freigelassen. Es brachte die Mannschaften der drei versenkten Schiffe nach Havre.

Bern, 13. August. (W. Z. B.) Nach einer Meldung des „Tempo“ aus Madrid ist der englische Dampfer „Antiope“ (2973 Tonnen) durch ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot versenkt worden.

London, 12. August. (W. Z. B.) Nach einem Lloyd-Telegramm aus Genua wurde der Schoner „Koptun“ von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot versenkt. Die Besatzung glaubt, daß bei dieser Gelegenheit noch zwei andere italienische Segler versenkt wurden. — Der Dampfer „Portshire“ aus Liverpool ist mit dem Dampfer „Kernahan“ aus Whitehaven bei Holyhead zusammengestoßen. „Kernahan“ sank.

London, 12. August. (W. Z. B.) Der britische Dampfer „Tobari“ (801 Tonnen) wurde versenkt. Vier Mann der Besatzung sind umgekommen. — Die Besatzung der norwegischen Dampfer „Gredo“ (728 Tonnen) und „Dora“ (1052 Tonnen), die bei Barfleur versenkt wurden, wurden gestern in Havre gelandet. — Der dänische Dampfer „Danevang“ (1247 Tonnen) wurde versenkt.

London, 14. August. (W. Z. B.) Lloyd's meldet, daß der französische Schoner „Saint Gaetan“, der italienische Segler „Jna“ und der italienische Dampfer „Kercus“ (?) versenkt wurden.

Kopenhagen, 14. August. (W. Z. B.) Meldung des Nihauschen Bureaus. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ist der dänische Dampfer „Svar“ gestern vor Genua von einem U-Boot versenkt worden. Die Mannschaft ist gerettet.

### Deutsches U-Boot versenkt 15 Fahrzeuge.

Amlich, Berlin, 14. August. (W. Z. B.) Eines unserer Unterseeboote hat im englischen Kanal in der Zeit vom 2. bis 10. August sieben englische und drei französische Segelfahrzeuge, sowie drei englische und zwei französische Dampfer versenkt.

### Weißbuch über den „Baralong“-Fall.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Dem Reichstag ist heute ein Weißbuch über den „Baralong“-Fall zugegangen. Das Weißbuch enthält die diesen Fall betreffenden amtlichen Schriftstücke, nämlich:

I. Denkschrift der Deutschen Regierung über die Ermordung der Besatzung eines deutschen Unterseebootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers „Baralong“ vom 28. November 1915.

Anlage 1 bis 5 zur Denkschrift, enthaltend Zeugenaussagen in englischer Sprache, nebst deutscher Uebersetzung.

II. Antwort der Britischen Regierung vom 14. Dezember 1915, nebst deutscher Uebersetzung.

III. Erwiderung der Deutschen Regierung vom 10. Januar 1916.

IV. Antwort der Britischen Regierung vom 25. Februar 1916, nebst deutscher Uebersetzung.

V. Schlußwort der Deutschen Regierung.

Das Schlußwort lautet:

Die Deutsche Regierung hat in ihrer Erwiderung über die Erklärungen der Britischen Regierung zu der Denkschrift über den „Baralong“-Fall vom 10. Januar d. J. den Standpunkt eingenommen, daß es für sie im Hinblick auf die empörende Haltung der Britischen Regierung nicht möglich sei, weiter mit ihr über diesen Fall zu verhandeln; sie hatte zu gleicher Zeit angekündigt, daß sie nunmehr selbst die der Herausforderung entsprechenden Bestimmungen treffen werde.

Zu ihrer letzten Antwort glaubt die Britische Regierung über den Nord, den der Kapitän und die Mannschaft der „Baralong“ an der verübten Mordthat eines deutschen Unterseebootes begangen haben, mit dem bloßen Hinweis auf die Unzuverlässigkeit der Aussagen eines Zeugen, dessen Namen sie nicht einmal angibt, hinweggehen zu können; dagegen sagt sie für die von ihr mit dem „Baralong“-Fall in Zusammenhang gebrachten drei Fälle angeklagter, von deutschen Seestreitkräften begangenen Grausamkeiten lediglich auf halboffene Behauptungen, ohne dafür irgendwelches Material beizubringen. Die Deutsche Regierung kann diese Behauptungen auf Grund der eidlichen Aussagen und dienstlichen Meldungen der zur Sache vernommenen Zeugen nur mit Entrüstung zurückweisen. Was aber den „Baralong“-Fall betrifft, so muß nochmals mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß sich die Britische Regierung trotz des ihr mitgeteilten Materials gewiegt hat, selbst eine Untersuchung einzuleiten; damit hat sie anerkannt, daß sie es nicht wagen kann, den Fall vor ein Gericht der eigenen Standesgenossen der Beschuldigten zu bringen.

Die Deutsche Regierung hat sich hiernach ihrer Anklündigung entsprechend genötigt gesehen, die Abtundung des ungesägten Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen. Eine Vergeltung der Untaten der britischen Seeleute im „Baralong“-Fall mit Maßnahmen gleicher Art, etwa durch Erschießung britischer Kriegsgefangenen, hat sie selbstverständlich abgelehnt. Aber die deutschen Luftschiffe werden das englische Volk davon überzeugen, daß Deutschland in der Lage ist, die von den Offizieren und den Mannschaften der „Baralong“ begangenen Straftaten nicht ungelügelt zu lassen. Wenn früher die unvermeidliche Gefährdung der Zivilbevölkerung bei Verwendung der deutschen Zepeline für militärische Zwecke besondere Verärgerung fand, so konnten angesichts des „Baralong“-Mordes solche Maßnahmen nicht mehr durchgreifen. England gegenüber wird seitdem die Waffe des Luftschiffes innerhalb der Grenzen des Völkerrechts rücksichtslos ausgenutzt. Bei jedem Luftschiff, das auf London oder auf andere verteidigte oder Anlagen militärischen Charakters enthaltende englische Städte seine zerstörenden Bomben abwirft, soll England sich des „Baralong“-Falles erinnern.

### Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 13. August. (W. Z. B.) Amlich. Die verschiedenen Streitkräfte des Generals Smuts begannen am 5. August gleichzeitig den Vormarsch gegen die Hauptmacht des Feindes, der seit seiner am Zuligura-Fluß am 24. Juni erlittenen Niederlage starke Stellungen in den Bergen von Nguru besetzt hatte. Es entwickelten sich hartnäckige Kämpfe, die mit einer Niederlage des Feindes bei Matamondon und Tchungo endigten. Der Feind wird verfolgt. Seine Verluste sind ziemlich schwer, die unsrigen leicht.

### Kriegsfragen im Unterhaus.

London, 10. August. Unterhaus. Forster sagte auf eine Frage, die Zahl der türkischen Gefangenen betrage 326 Offiziere und 9598 Mann. Die kürzlich in Ägypten gefangen Genommenen seien darin nicht einbezogen.

Lord Robert Cecil sagte auf eine Frage, die Lage in Persien habe sich wesentlich gebessert, seitdem die meisten deutschen Agenten und ihre Anhänger festgenommen oder zerstreut seien. Ein Abkommen mit der persischen Regierung über finanzielle und andere Fragen werde hoffentlich bald abgeschlossen werden. Die persische Regierung bezeige den aufrichtigen Wunsch, mit den Regierungen der Alliierten zusammenzuwirken. In Südpersien würden angloindische Offiziere die Gendarmen besetzen.

### Zur Erschießung zweier Irländer im Gefangenenlager Limburg.

Berlin, 14. August. (W. Z. B.) Nach einem in der „Times“ vom 3. d. M. erschienenen Parlamentsbericht vom 2. August hat Lord Newton auf die Anfrage des Earl of Canmore über die Erschießung zweier Irländer in Arbeitsstätten, die im Gefangenenlager Limburg gehören, behauptet, daß nach den der Britischen Regierung zugegangenen Nachrichten die beiden Irländer Moran

und Devlin erschossen worden seien, weil sie es abgelehnt hätten, sich Sir Roger Casement anzuschließen. Diese Behauptung ist erfinden. In beiden Fällen, die übrigens vollkommen unabhängig von einander sind, handelt es sich vielmehr um schwere Tätlichkeiten gegen die wachhabenden deutschen Soldaten, deren Befehlen, sich abends zur Ruhe zu begeben, die beiden Gefangenen — der eine zweifellos in angetrunkenem Zustande — sich mit Gewalt und gefährlichen Angriffen widersetzen. Die wachhabenden Soldaten haben, wie dies seiner Zeit in der deutschen Presse gemeldet worden und durch die inzwischen abgeschlossenen gerichtlichen Ermittlungen zweifelsfrei festgestellt ist, in berechtigter Nothwehr von ihrer Waffe Gebrauch gemacht.

### Politische Uebersicht.

#### Die Alldeutschen Treibereien.

Ueber die Tätigkeit der geheimnisvollen „Drei Deutschen“, die bekanntlich die Schriften von Junius alter und Napp in Massen vertreiben, erzählt H. v. Serlach in der „Welt am Montag“ noch einige interessante Einzelheiten:

„Ihr vorläufiges Meisterstück“, schreibt er, „haben die „Drei Deutschen“ mit den 13 Briefen eines Marineoffiziers“ abgelegt. Das Schriftchen, dessen Ausstattung schon auf die Wohlhabenheit der Herausgeber schließen läßt, weist natürlich auch keinen Namen, nicht einmal den des Druckers, auf. Dafür ist es aber hinten und vorn mit dem Eisernen Kreuz geschmückt. Die „Drei Deutschen“ behaupten in ihrem Propekt, daß es „dem Empfinden vieler unserer Krieger Ausdruck gebe“. Das wird jeder unserer Krieger als eine ebenso grobe Verleumdung zurückweisen wie die Unterstellung, das Nachwerk könne wirklich einen Marineoffizier zum Verfasser haben. Denn es handelt sich bei dieser Drucksache um das Verdichtete und zugleich Niedrigste, was bisher überhaupt in der geheimen Kriegsliteratur gegen Bethmann produziert worden ist.

Man sieht, die „Drei Deutschen“, die sich wenigstens ehrlicher Weise „Drei Alldeutsche“ nennen sollten, sind munter an der Arbeit. Sie lassen es sich weder Mühe noch Geld verbrießen, ihre Ideen unter das Volk zu bringen. Und daß sie auch mindestens über ein gewisses technisches Geschick verfügen, kann man daraus schließen, daß trotz ihrer ungeheuren Propaganda ihre Personen bisher völlig im Dunkeln geblieben sind.

Recht hübsch ist auch, was Herr von Serlach, nach einer Schilderung der alldeutsch-partikularistischen Machenschaften in Bayern, über die unsere Leser bereits unterrichtet sind, von der Reventlow-Versammlung in München erzählt:

„Graf Reventlow hielt sich in seinem Referat durchaus korrekt an den von der Zentrums genehmigten Wortlaut. Aber es gab Stellen in seiner Rede, die wie Lücken anmuteten. Wenn er dann in seiner langsamen nordischen Redeweise an einer dieser Stellen ankam und gewissermaßen Halt machte, so sagte prompt, man möchte sagen: programmäßig, ein der Zentrums natürlich nicht unterbreiteter Zwischenruf ein. Der füllte die „Lücke“ so aus, daß die alldeutsch-partikularistisch verbrüderter Versammlung in demonstrierender Weisheit ausbrach. Das wiederholte sich des öfteren.

An die öffentliche Versammlung schloß sich eine vertrauliche, Anmerkungen zu ihr waren ausdrücklich an eine „postfidele“ Adresse erbeten worden. Es hatten sich etwa 150 Personen eingefunden. Die Tonart, in der in dieser Versammlung gegen Herrn v. Bethmann losgegangen wurde, war derart, daß mir gegenüber ein weit rechts von mir stehender Teilnehmer seiner hellen Entrüstung darüber Ausdruck gab.

Der Erfolg der Reventlow-Versammlung war, daß die Traub-Versammlung verboten wurde. Und daß eine sehr maßgebliche bayerische Persönlichkeit, deren kräftige Ausdrucksweise ich leider nicht vollinhaltlich wiedergeben kann, erklärt: „Wenn einem Deutschen in Sibirien ein ... entfäht, so kommen die Alldeutschen und sagen: Hier weht deutsche Luft! Das müssen wir annektieren.“

Leider sind diese selben Alldeutschen, gegen die sich nun erfreulicherweise auch ein Teil des Bürgertums regt, noch heute von einem Einfluß, über den man sich gemeinhin kaum eine Vorstellung macht. Um diesen verhängnisvollen Einfluß zu brechen, genügt es nicht, die ärgsten Schreier und Schmäher zu desavouieren. Es muß endlich jenen Kräften des Volkes freie Bahn gegeben werden, die heute in ihrer Betätigung eingengt oder völlig gefesselt sind. Erst dann wird den „Drei Deutschen“ und ihren Hintermännern der Boden für ihr Treiben entzogen werden, das das innere Leben Deutschlands vergiftet und die Interessen des deutschen Volkes im Auslande auf das schwerste schädigt.

#### Angst vor dem Frieden.

Die „Arenzzeitung“ bringt eine längere Zuschrift zu dem Aufruf des Parteivorstandes, aus der die Angst vor einem baldigen Frieden aus jeder Zeile förmlich hervorleuchtet. Den in Aussicht gestellten Kundgebungen der breiten Massen des deutschen Volkes wird entgegengehalten, daß die im Felde Stehenden daran nicht teilnehmen können und daß sonach den zu erwartenden Resolutionen keinerlei Bedeutung beigegeben werden kann. Es heißt dann:

„Im übrigen wird schon jetzt Bewahrung dagegen einzulegen sein, daß die „Resolution“, zu deren Billigung die Volksversammlungen einberufen werden sollen, irgendwie als maßgebender Willensausdruck der „Arbeiterchaft“ verstanden werden. Einem Frieden, der nicht dauernde und handfeste Bürgschaften für die Zukunft des Deutschen Reichs uns zusichert, wird von einem sehr großen Teil der Arbeiter mit der gleichen Entschiedenheit widersprochen werden, wie das seitens der ungeheuren Mehrheit des deutschen Bürgertums geschieht.“

Zum Beweise für diese Behauptung wird eine Kundgebung der „wirtschaftsriedlichen nationalen Arbeiter“ zitiert, die sich für Annexionen ausspricht. Wie die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft über die „wirtschaftsriedlichen“ Arbeiterorganisationen denkt, ist so genugsam bekannt, daß man sich jedes weitere Wort darüber sparen kann. Bemerkenswert ist nur die Angst, die konservativen Blätter vor einem Frieden an den Tag legen, der ihrer Auffassung nach „vorzeitig“ geschlossen werden könnte.

#### Zentrum und U-Boots-Frage.

Die „Bayerische Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ weist laut der „Freisinnigen Zeitung“ bei einer Besprechung der Frage, „wie wir England bekämpfen“, darauf hin, daß, nachdem der Reichskanzler zunächst durch seine Reichstagsrede vom 5. Juni die öffentliche Meinung fast durchweg für sich gewonnen hatte, bald die Stimmung zum Teil wieder umgeschlagen sei, und daß vor allem die verschärfte Führung des U-Bootskrieges von einer Reihe angesehener Persönlichkeiten gefordert werde. Die Korrespondenz schreibt darüber:

„Während unter Führung des fürstlichen Wobels in Berlin die Gründungsarbeiten für den Deutschen National-Ausschuß, der die Politik des Reichskanzlers zu stützen sucht, im Gange waren, fanden in München Versammlungen statt, die gegen die Haltung des Herrn v. Bethmann-Hollweg waren und den Kampf mit allen Nachmitteln gegen England forderten. Den Anfang machte Dr. Heim in der Versammlung der Christlichen Bauernvereine am 6. Juli. Es folgte die von einem Komitee nationaler Männer aller Richtungen einberufene Versammlung mit Dr. Schmittner als Hauptredner, ihr reichte sich eine Versammlung an, in der Kapitänleutnant a. D. v. Reventlow sprach. Ueber die Versammlung, welche am 1. August von Seiten

des Deutschen National-Ausschusses veranstaltet wurde und die Verlaute zu unserer Reichsleitung forderte, haben wir schon früher berichtet. — Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch ein Artikel der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 29. Juli d. J. gegen die Anhänger eines verschärften U-Bootskrieges, eine Kundgebung, deren sachliche Wirkung durch die Schroffheit der Form glatt aufgehoben wurde.“

Gegenüber der Tatsache, daß an diesen Agitationen gegen die Politik des Reichskanzlers auch Angehörige des Zentrums teilgenommen haben und teilnehmen, erklärt die Zentrumskorrespondenz:

„Die Frage, ob der U-Bootskrieg in der wünschenswerten Weise geführt wird, oder wie er geführt werden soll, ist keine Parteifrage. Auch unter den Mitgliedern der Zentrumsparlei sind die Meinungen in dieser Frage geteilt, die Partei als solche bleibt dabei außer Spiel. Wer recht hat, läßt sich ohne die tiefsten Einblicke in das militärische und politische Räuberwerk nicht beurteilen.“

„Das ist, bemerkt hierzu die „Freisinnige Zeitung“, eine sehr diplomatische Ausdrucksweise, die mehrfacher Deutung fähig ist, aber keineswegs die Zentrumsherren, die einen scharfen U-Bootskrieg verlangen, desavouiert.“ (2)

#### Abgeordneter Spahn über die Kanzlerpolitik.

Auf eine Anfrage der „Frankf. Nachrichten“ über die Gerüchte, daß das Zentrum und der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling mit ihrer Unterstützung der Politik des Kanzlers den Zweck verbinden, für Bayern und für das Zentrum Vorteile zu erlangen, antwortete der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Spahn, daß in der ganzen Angelegenheit eine Verhandlung zwischen dem Zentrum und Bayern nicht erfolgt sei.

#### Deutscher und Preussischer Städtetag.

Am Sonnabendnachmittag und -abend haben im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernuth Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Städtetages stattgefunden, und zwar sowohl getrennte Sitzungen wie auch eine gemeinschaftliche Sitzung beider Vorstände. In dieser gemeinschaftlichen Sitzung ist einstimmig eine Entschließung angenommen worden, die sich auf die Bestrebungen in verschiedenen Bundesstaaten und preussischen Provinzen auf Ueberführung der Elektrizitätsversorgung in die Hand des Staates bezieht. Diesen Bestrebungen gegenüber ist nicht nur der Standpunkt der Selbstverwaltung betont worden, sondern besonders hervorgehoben worden, daß es nicht angängig sei, zahlreiche blühende Elektrizitätswerke stillzulegen und gewaltige Summen neu zu investieren, zumal da keinerlei Beweis dafür erbracht sei, daß eine Ueberplanung der Zentralisation wirtschaftlich nützlich sei und daß nicht umgekehrt neue Gefahren für die Verbraucher entstehen. In der Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages wurden vorwiegend Beamtenfragen und Fragen der inneren Geschäftsführung behandelt, während in der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages Arbeiterfragen, Hausbesitzerfragen und Nahrungsmittelfragen zur Erörterung standen. Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages wird die Erörterungen über die Nahrungsmittelfragen in nächster Zeit in einer besonderen Sitzung fortsetzen.

#### „Ein deplaciertes Vertrauensvotum“.

Unter dieser Stigmata bespricht die demokratische „Welt am Montag“ die Vorgänge auf der Hamburger Versammlung, wo nach einem von uns bereits erwähnten Referat Dr. August Müller eine Resolution beantragt wurde, die ein Vertrauensvotum für das Kriegsernährungsamt bedeutete. Der Antrag kam nicht zur Annahme, da die Versammlung infolge übergroßen Lärms ein vorzeitiges Ende fand. Dazu bemerkt die „Welt am Montag“:

„Das ist natürlich bedauerlich wie jedes ungeordnete Ende einer Versammlung. Immerhin — mildernde Umstände sind den Versammlungsbesuchern zuzurechnen. Es ist ein überaus starkes Stück, einer Arbeiterversammlung ein Vertrauensvotum für das Kriegsernährungsamt zuzumuten, nachdem dieses Amt toeben ohne jeden ausreichenden Grund den Preis für Winterkartoffeln auf 4 M. (statt 2,75 M. wie voriges Jahr!) festgelegt hat. Trotzdem hätten die Versammelten lieber die Ruhe wahrt und die Vertrauensresolution einfach möglichst einstimmig niederstimmen sollen.“

#### Der Verkauf von Marmeladen.

Berlin, 14. August. (W. Z. B.) Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen m. b. H., Berlin, Kochstr. 6, macht bekannt, daß

1. Der Verkauf von Obstkonserven — Kompottfrüchten, Dunstobst, Obstmus, Obstmark, Belegfrüchten, kandierten Früchten, Gelees, Fruchtstücken, Fruchtstrüpfen, Obstkrout, Dörrobst — im Sinne des § 10 der Verordnung vom 5. August 1916 mit Ausnahme von Marmeladen bis auf weiteres freigegeben ist.

2. der Verkauf von Marmeladen Sorte II, III, IV und V zu den vom Reichskanzler festgesetzten Höchstpreisen und Bedingungen — Bekanntmachung vom 14. Dezember 1915, Reichsgesetzblatt Seite 817, — ebenfalls bis auf weiteres freigegeben ist.

3. für Marmelade Sorte I neue Herstellerpreise und Kleinhandelspreise als Höchstpreise festgesetzt sind mit Wirkung vom 15. August 1916 ab, und daß die noch im Handel vorräthigen Mengen bis 1. September 1916 zu den bisherigen Preisen abgesetzt werden dürfen.

4. Rhabarbermarmelade als Sorte I vom 15. August 1916 ab nicht mehr hergestellt und vom 1. September 1916 ab nicht mehr in den Verkehr gebracht werden darf.

### Letzte Nachrichten.

#### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht. Auf dem Karst bauerte gestern der kräftige Druck unserer Truppen an. Oestlich vom Rad Logem (Höhe 212) wurde eine neue starke Linie feindlicher Verschanzungen eingedrückt, und wir machten dabei etwa 800 Gefangene, darunter 12 Offiziere. Im Abschnitt von Görz Artilleriekampf. Die feindliche Artillerie warf einige Granaten auf die Stadt und die Jangzbrücken. Auf dem übrigen Teile der Front keine lebhaften Zusammenstöße auf den Abhängen der Punta Forame (Felsigen Höhe), am Oberlauf des Costeanobaches (Boite) und auf den Abhängen des Mont Civarone (Suganata). Der Feind wurde überall zurückgeschlagen und ließ an 50 Gefangenen in unseren Händen. Die Artillerie beschloß gestern bewohnte Ortschaften in den Hochtälern Chiasso und Gardovale. Sie wurde durch unsere Batterien zum Schweigen gebracht. Feindliche Flugzeuge warfen in der letzten Nacht Bomben auf Ronfalcone und andere Ortschaften am unteren Nonzo. Es wurden weder Menschenverluste noch Sachschaden gemeldet.

#### Botha Oberbefehlshaber in Ostafrika.

London, 12. August. (W. Z. B.) Der „Daily Chronicle“ meldet: Nach dem Blatte „South Africa“ ist General Smuts in Deutsch-Ostafrika an einem schweren Anfall von Malaria erkrankt, und General Botha hat sich deshalb nach Deutsch-Ostafrika begeben.

# Gewerkschaftliches.

## Deutsches Reich.

### Drei Eingaben der Bergarbeiterverbände.

Die Organisationsvorstände der vier Bergarbeiterverbände haben als Resultat einer gemeinschaftlichen Beratung beschlossen, mehrere Eingaben an die zuständigen Stellen zu richten, um eine wirtschaftliche Besserstellung der Bergarbeiter während der Kriegszeit herbeizuführen. Die erste Eingabe ist an den rheinisch-westfälischen Zechenverband gerichtet; in ihr wird eine angemessene Aufbesserung der Löhne und Schichtenlöhne verlangt. Diese Forderung wird begründet mit dem Hinweis auf die gewaltige Lebensmittelerhöhung, die zurzeit in bedenklichem Maße die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter beeinträchtigt habe. Der amtliche Lohnausweis für das erste Vierteljahr weise einen Durchschnittshäuserlohn von 7,62 M. aus; wenn dieser Lohn sich auch inzwischen schon um etwas erhöht habe, so doch nicht in dem Maße, wie es nötig wäre. Die Eingabe verlangt einen Häuserdurchschnittslohn von 9 M. und eine ausreichende Steigerung für die in festem Lohn stehenden Bergarbeiter. Es wird in der Eingabe gebeten, die in den Zechen eingeführte Anberzulgabe nicht auf den Lohn zu verrechnen, sondern besonders im Lohnbuche zu vermerken; ferner wird eine Änderung der Lohn- und Abschlagszahlungen verlangt, um die Kassenzeiten zu kürzen, und schließlich werden die Grubenbesitzer in der Eingabe ersucht, den Arbeitern im Herbst durch Vorschüsse und bequeme Rückzahlungsbedingungen bei der Kartoffelversorgung behilflich zu sein.

Die zweite Eingabe ist an das Kriegsernährungsamt in Berlin gerichtet und verlangt, daß auf den Zechen die Bevorzugung der Weizen bei Verteilung und Verkauf von Nahrungsmitteln unterlassen wird. Es sei dieserhalb auf einigen Zechen schon zu Streiks gekommen und es sei eine große Erbitterung unter den Bergleuten vorhanden. Die Eingabe führt eine Anzahl Fälle an, in denen an die Weizen Nahrungsmittel, die behördlich nicht rationiert waren, es aber sein müßten, verkauft worden sind, wie Mehl, Butter, Käse, Eier, Wutter, Seife usw. Die Eingabe wünscht ferner eine gerechte Verteilung der von den Zechen an die gesamten Weidgassen gelieferten Fleischwaren und Brotzusatzmarken, ebenso wird auf die stark abweichenden Preise für ein und dieselben Lebensmittel hingewiesen; es wird verlangt, daß der Lebensmittelverkauf und die Verteilung möglichst durch die Gemeinde vor sich gehen sollen. Von den Kartoffelpreisen sagt die Eingabe, daß sie zu hoch seien und herabgesetzt werden müßten, um so den Arbeitern eine bessere und billigere Einkellerung der Kartoffeln zu ermöglichen. Das Kriegsernährungsamt solle auch dem Unfug mit sogenannter „Auslandsware“ steuern. Die Bezeichnung „Auslandsware“ bede diesach nur die betrügerischen Absichten der Händler und Verkäufer.

Die dritte Eingabe ist dem Kriegsministerium zugestellt worden. Sie stellt eine Art Gutachten über die Rationierung auf den Zechen dar. Es war verlangt worden, daß die Verbände sich hierüber äußern sollten. Die Verbandsvorstände erklären, daß sie die Ausgabe von Speise auf den Gruben aus technischen Schwierigkeiten heraus nicht befürworten könnten; sie wünschen, daß die Gemeinden das Austeilen warmer Speisen vornehmen. Gewünscht wird ein Preis von höchstens 30 Pf. für eine Portion.

Soweit die Eingaben, von denen wir hoffen, daß ihre Berechtigung anerkannt wird und die in ihnen ausgesprochenen Wünsche erfüllt werden.

### Gewerkschaften und Parteizwist.

Der Verbandstag der Schuhmacher hat einen Beschluß gefaßt, durch den die Generalkommission ersucht wurde, baldigst eine Vorstandskonferenz einzuberufen, in der darüber beraten werden soll, wie zu verhalten sei, daß der Parteizwist in die Gewerkschaften übergriffe. Die Generalkommission hat bei den Vorständen eine Umfrage gehalten, ob sie eine solche Konferenz für nötig erachteten, und diese haben dieselbe nach der „Ledearbeiter-Zeitung“ mit 43 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

### Ausland.

#### Gehaltssteigerungen für die italienischen Eisenbahner.

Rom, 3. August. (Fig. Ver.) Die vor Jahr und Tag ernannte Igl. Kommission, die die Aufgabe hat, die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse des Personals der italienischen Staatsbahnen zu prüfen und Vorschläge zu ihrer Verbesserung zu machen, hat endlich ihre Arbeiten beendet und hat die Ergebnisse ihrer Studien dem Minister des Verkehrswezens unterbreitet. Die aus den Verbesserungen sich ergebenden Mehrausgaben belaufen sich, vorläufigen Schätzungen gemäß, im ersten Jahre auf 21 300 000 Lire, steigen in den nachfolgenden Jahren, um nach sieben Jahren die feststehende Jahressumme von 28 453 000 Lire zu erreichen. Hand in Hand mit den Gehaltssteigerungen gehen aber, den Vorschlägen der Kommission entsprechend, die Abschaffung der Gratifikationen, die die organisierten Eisenbahner selbst wiederholt gefordert hatten, und die der Gehaltszulage für gewisse Ortschaften. Durch diese Ersparnis verringert sich die endgültige jährliche Mehrausgabe auf 15,6 Millionen, in welcher Summe die 6 Millionen Lire jährlich nicht einbezogen sind, die im Juni 1914 in einem Geleit zugunsten der untersten Kategorien des Personals ausgeworfen wurden. In den Vorschlägen der Kommission ist auch die ärztliche Behandlung und die Unterbringung in Krankenhäuser des erkrankten Personals geregelt, mit großen Vergünstigungen für die untersten Gehaltsklassen, das Abancement wird beschleunigt und die Ruhegehälter werden erhöht. Wir werden Gelegenheit haben, auf die Vorschläge zurückzukommen, sobald die Kammer in Form eines Gesetzes vorliegen werden. Es ist nicht unmöglich, daß ein Teil der Reformen durch königl. Dekret verfügt wird. Man muß nun abwarten, wie die organisierten Eisenbahner, die durch langjährige Agitationen den Staat gezwungen haben, sich mit ihrer Lage zu beschäftigen, die Vorschläge der Kommission aufnehmen.

## Aus der Partei.

### Eine Scheidemannversammlung in Dresden.

Das Pressebureau vermeldet darüber folgenden Bericht: Im Einklang mit dem Aufruf des Parteivorstandes hat die Dresdener Parteileitung am Sonnabend abends und Sonntag vormittags Kundgebungen veranstaltet. Die Versammlung für den Wahlkreis Dresden-Land war von etwa 1500 Personen besucht, zahlreiche Personen fanden keinen Zutritt mehr. Die Versammlung für den 4. und 5. Kreis, die am Sonntag im großen Hirtensbau stattfand, gestaltete sich zu einer überaus großzügigen Kundgebung unserer Partei. Schon von 9 Uhr an strömten Männer und Frauen in Scharen herbei, bis an 8000 Personen die weiten Räume dicht füllten und die Behörde weiteren Zutritt verweigerte. In beiden Versammlungen sprach Genosse Scheidemann. Ein Störungsversuch, den vereinzelte Personen anfangs unternahm, wurde ohne Schwierigkeiten überwunden; die große Masse der Versammlungsteilnehmer war sich über den Ernst der Stunde ohne weiteres klar. Scheidemann besprach in knappen, treffenden Darlegungen die gegenwärtige Lage, den Stand des Krieges, die Verbreitung der Eroberungspolitiker bei uns, wie in den gegnerischen Ländern, sowie die Haltung der Regierung zur Friedensfrage. Der Redner behandelte dann die Stellung unserer

Partei: Wir müssen ausharren, damit Deutschland nicht von den noch immer ihren Sieg erwartenden Gegnern unterworfen, damit die deutsche Arbeiterschaft nicht für unabsehbare Zeit um alle ihre Zukunftshoffnungen betrogen wird. Zugleich aber gilt es für möglichst baldigen Friedensschluß zu wirken und die Eroberungspläne abzuweisen, die dem Friedensschluß im Wege stehen. An vielen Stellen der überaus eindrucksvollen Ausführungen bekräftigten die Versammelten ihre Zustimmung durch großen Beifall, der sich am Schluß nochmals steigerte. Der Vorsitzende, Genosse Otto Kühn, empfahl eine entsprechende Erklärung. Es war ein imposantes Bild, als sich in dem riesigen Saal von den unteren Rängen bis zu den obersten Galerien, einmütig die zahllosen Hände zum Zeichen der Zustimmung erhoben. Es sei bemerkt, daß das Bureau der Versammlung aus Anhängern der verschiedenen Parteianschauungen gebildet war, zum Zeichen, daß in der Friedensfrage Einigkeit in der Arbeiterschaft herrschen soll. Es war seit langem das erste Mal wieder, daß sich in Dresden die Klasse des arbeitenden Volkes zu einer so großen Kundgebung versammeln konnte. Möge sie dem Frieden dienen!

### Kiel steht zur Minderheit.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Die Genossen von Groß-Kiel nahmen am 10. August in Kiel und am 11. August in Gaarden Stellung zur „inneren politischen Lage“. Genosse Brandes hielt ein gut angelegtes Referat, das, wie einige Diskussionsredner anführten, wohlwollend von dem abtrat, was man bisher in Kiel zu hören gewohnt war. Man ließ dem Referenten auch keinen Zweifel darüber, daß man es bedauere, daß er aus seiner politischen Anschauung nicht die Konsequenzen gezogen habe, da bei derartig grundlegenden Fragen die Disziplin in den Hintergründen treten müsse. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Resolution in Kiel mit übergroßer Mehrheit, in Gaarden ohne jeden Widerspruch angenommen, die besagt, daß der größte Teil der jetzt herrschenden Mängel in der Ernährungsfürsorge auf die mangelnde Initiative der Regierung zurückzuführen sei. Die Parteianstalten werden insoweit als zu einer energischen Haltung der Regierung gegenüber aufgefordert. Ferner wird von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Ablehnung jenseitiger Mittel verlangt, wie es bereits die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft getan habe.

In beiden Versammlungen wurde ferner ein Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, innerhalb 14 Tagen eine neue Versammlung einzuberufen, in der erneut zur Schreibweise der „Volkzeitung“ Stellung genommen werden soll. Beachtenswert ist, daß Kiel damit zum ersten Male bekennt, daß es die Politik der Arbeitsgemeinschaft für gut befindet. Eine vor zwei Wochen stattgefundene Kreisvorstandskonferenz erklärte sich mit der Politik des Abgeordneten des Kreises, des Genossen Legien einverstanden. In der Pressefrage ist die Inaufmerksamkeit so gestiegen, daß eine gemeinsame Protestaktion circa 700 Namensunterschriften auf sich vereinigte.

### Der italienische Parteivorstand zur inneren Lage der Partei

Der Parteivorstand der italienischen Sozialdemokratie veröffentlicht im „Avanti“ (16. Juli) eine Mitteilung über die innere Lage der Partei, die einen interessanten Einblick in die Verhältnisse unserer italienischen Bruderpartei gewährt.

Der Bericht beginnt mit der Erklärung, daß es auch während des Krieges gelungen sei, die moralische Situation der Parteiorganisation im besten Sinne des Wortes aufrecht zu erhalten. Das Vertrauen zu den Organen der Partei und ihrer Presse, zu der lokalen sowohl wie zu dem Zentralorgan, dem „Avanti“, nehme ständig zu. Besonders der letztere empfangen täglich durch die noch immer andauernden Geldspenden die tröstliche Festigung der Sympathie und Zustimmung der gesamten Partei. Auch die Wochenblätter halten sich trotz der Zensurschwierigkeiten auf der Höhe, erfreuen sich einer guten Verbreitung und legen ihre propagandistische Tätigkeit energisch fort. Die der Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb der Partei gewidmete Tätigkeit des Sekretariats, die in den letzten Jahren einen großen Teil seiner Zeit in Anspruch nahm, habe sich verringert. Die Zahl der Geldsammlungen habe besonders in ländlichen Kreisen zugenommen; in der Romagna haben die politischen Ereignisse der letzten Zeit eine neue politische Lage geschaffen; einzelne Arbeitergruppen, die zu gewissen Grundfragen der bürgerlichen Politik hinneigten, hatten sich hier den Reihen des sozialistischen Proletariats angeschlossen. Dieser Angelegenheit werde die Parteileitung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Frage der Mitgliedsarten und Beiträge sei, obgleich durch die dauernden Einberufungen große Lücken in die Reihen der Parteigenossen gerissen wurden, durch geeignete Maßnahmen in befriedigender Weise geregelt worden. Die Organisation des Verbandes sozialistischer Kommunen sei nunmehr mit der Einrichtung des Zentralbureaus zu Rom, der entsprechenden beratenden Organe und der verschiedenen Studienkommissionen, die ihre Tätigkeit begonnen haben, zum Abschluß gebracht. Die Parteileitung erinnert alle von der Partei eroberten Stadtverwaltungen daran, daß sie zum Anschluß an den Verband verpflichtet sind und für die Beschaffung der Geldmittel selbst Sorge tragen müssen. Nach den Aussagen des Verbandes haben sich auch die Minoritäten in den Kommunen dem Verbande anzuschließen. Das Sekretariat hat zu diesem Zweck ein besonderes Rundschreiben verfaßt, in dem die genannten Gruppen aufgefordert werden, zusammenzutreten und sich dem Verbande anzuschließen. Das Rundschreiben betont hierbei, daß der Ausschuß kein Organ der Autorität, sondern nur ein beratendes und helfendes Organ sei, das das Programm der Majoritäten mit dem oppositionellen, das die Minoritäten in den Kommunen durchzuführen hätten, in Einklang bringen wolle, damit sich kein Widerspruch in der Verwaltungstätigkeit der Partei ergebe. Aus der immer größer werdenden Uebereinstimmung der sozialistischen Aktion, (der politischen, kommunalen und gewerkschaftlichen) heist es dann weiter, wird die Partei bei den Massen und gegenüber dem Lande neue Kraft und neues Ansehen gewinnen.

Der Bericht verzeichnet darauf mit freudiger Genugtuung die Freilassung des Genossen Giuseppe Prampolini aus Windisch nach sechsmonatiger Haft durch das Militärgericht von Trent, da er die ihm zur Last gelegten Vergehen nicht begangen habe. Dieser Sieg der unantastbaren Ehrenhaftigkeit der an die Spitze der Partei berufenen Männer werde ein Trost für alle, besonders jedoch für die Apulischen Genossen sein, die Zeugen der unwürdigen gegen den verehrten Führer Prampolini entfallenen Intrige waren.

Zuletzt behandelt der Bericht noch die inneren Streitigkeiten im Bezirk Sampierdarena, wo eine opportunistische Mehrheit einer gestimmten Streifen, an den Parteigrundsätzen festhaltenden Minderheit gegenüber steht. Er stellt fest, daß der Abgeordnete Morgari mit außerordentlichen Vollmachten zur Schlichtung des Streits entsandt wurde, und schließlich mit einer Aufforderung zur Einigkeit und zum Zusammenschluß. Die Parteileitung ist überzeugt, daß die Genossen in Sampierdarena, die der Partei treu geblieben sind, das Gebot der Stunde erkennen und ihre Kräfte zur Bildung einer starken lokalen Organisation vereinigen werden, die die ruhmreichen Traditionen des ligurischen Proletariats aufrecht erhalten wird, und daß sie es verstehen werden, alle Abarten des Opportunismus, einer verwandenen Arbeiterpolitik sowie das Strebertum der Führer energisch zu bekämpfen. . . .

## Aus Industrie und Handel.

### Syndikatserneuerungen.

Die in aller Stille vollzogene Erneuerung des Roheisenverbandes hat zu der Auffassung Veranlassung gegeben, daß jetzt auch die Erneuerungsverhandlungen für den Deutschen Stahlwerksverband, dessen Vertragsdauer mit dem 30. nächsten Monats 1917 abläuft, in Angriff genommen werden würden. Wie die „Frankf. Zeitung“ dazu erfährt, haben offizielle Verhandlungen in dieser Richtung hin noch nicht stattgefunden. Der Wunsch, über die Zu-

kunft des Stahlwerksverbandes zu verhandeln, ist indessen allgemein in beteiligten Kreisen vorhanden und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß man, sobald die Frage der Zukunft des Roheisenverbandes entschieden worden ist, mit den Beratungen beginnen wird. Die Erneuerung des Stahlwerksverbandes wird gegenüber der ziemlich glatt verlaufenen Verlängerung des Roheisenverbandes erheblich mehr Schwierigkeiten bieten, schon wegen der Frage, ob der Verband mit oder ohne Einfluß der D-Produkte verlängert werden soll, vielleicht einige Male sich auf ein kurzfristiges Provisorium beschränken, um nach dem Kriege, wenn sich die wirtschaftliche Neuorientierung, die auch für die Schwerindustrie kommen wird, in ihren Wirkungen mehr übersehen läßt, die definitive Verlängerung vorzunehmen.

### Kriegsgewinne.

Die Bergbau- und Hütten-A.-G. Friedrichshütte in Herborn erzielte für 1915/16 einen Reingewinn von 2 688 948 M. gegen 351 686 M. im Vorjahre. Daraus ist die Sonderdividende-Verschickung der Kriegsgewinnsteuer und die Gewinnanteile für Vorstand und Aufsichtsrat mit 1 157 763 M. zu bestreiten, wonach 1 528 186 M. zur Verfügung der Generalversammlung stehen. Dieser soll die Auszahlung von 20 Proz. (i. V. 8 Proz.) Dividende vorgeschlagen werden.

Bei der Maschinenfabrik Westfalia, A.-G., in Gelsenkirchen erzielte der Abschluß einen Reingewinn von 306 682 M. (i. V. 248 145 M.). Hiervon sollen 16 (12) Proz. Dividende verteilt werden. Der Bericht führt aus, daß alle Werkstätten bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt waren. Ueber das laufende Geschäftsjahr wird noch mitgeteilt, sämtliche Abteilungen des Werkes seien angestrengt für Kriegs- und Friedensbedarf beschäftigt. Eine Änderung sei darin in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Das Osnaabrücker Kupfer- und Drahtwerk wird schätzungsweise 12 Proz. gegen 5 Proz. Dividende im Vorjahre zur Verteilung bringen.

### Die holländischen Schiffgesellschaften während des Krieges.

Nach der Amsterdamer Zeitschrift „In 'en littoer“ stellen sich die Dividenden der wichtigsten niederländischen Schiffahrtlinien in Prozent in diesem Jahre (verglichen mit denen des Vorjahres) wie folgt:

Bei der Holland-Amerika-Linie 50 (17), Königl. Holl. Lloyd 12 (3), Gesellschaft „Reberland“ 10 (7 1/2), Rotterdamsche Lloyd 10 (7 1/2), Agl. Niederl. Dampfsch.-Gesellschaft 15 (6), van Rievel Goudriaan 100 (16), Holl. Dampfsch.-Gesellschaft 27 (13), Müller Schiff.-Gesellschaft 20 (8), Frachtsahrt Botnia 30 (3), Dampfsch.-Ges. Dtsje 65 (7 1/2).

Die Kurse waren am 15. Juni 1916 (und am 15. Juli 1914) die folgenden:

Bei der Holland-Amerika-Linie 368 (100), Agl. Holl. Lloyd 171 (85), Gesellschaft „Reberland“ 170 (150), Rotterdamsche Lloyd 171 (150), Agl. Niederl. Dampfsch.-Gesellschaft 194 (118), van Rievel Goudriaan 770 (143), Holl. Dampfsch.-Gesellschaft 170 (108), Müller Schiff.-Gesellschaft 245 (112), Frachtsahrt Botnia 343 (76), Dampfsch.-Ges. Dtsje 327 (90).

### Kein Ausfuhrverbot für norwegische Beeren.

Man hatte in Norwegen zum Herbst den Erlaß eines Ausfuhrverbotes für Beeren erwartet, da der Regierung mehrere Anträge darauf eingereicht waren, u. a. vom Nationalrat der norwegischen Frauen. Der Provinzminister hat diese Anträge indes abgelehnt und dabei hervorgehoben, daß ein Ausfuhrverbot einen Verlust für die arme Bevölkerung mit sich bringen würde, die aus dem Pfänden von Beeren ihren Verdienst ziehe. Andererseits hätten die Beeren für die Lebensmittelversorgung Norwegens keine so große Bedeutung.

### Der Rubelkurs.

Der Kurs des Rubels hat sich nach dem „Economist“ vom 5. August (der Gründe dafür nicht an gibt) etwas verbessert, da für 10 Pfund nicht mehr 157 1/2 Rubel, sondern nur 156 1/4 Rubel bezahlt werden.

### Kanadische Rein-Nidel-Erzeugung.

Die International Nidel Co. und die British American Nidel Co. beschlossen nach einem Reuter-Telegramm aus Toronto in der „Morning Post“ vom 3. August, in Ontario Raffinerien zu errichten. Der Provinzial-Bergwerksminister Ferguson teilt mit, er werde Schritte tun, um zu verhindern, daß kanadisches Nidel nach Deutschland gelange.

## Soziales.

### Die Trinkgelder im Café Bauer.

Mehrere im Café Bauer angestellt gewesene Zahlkellner führen gegen die Firma einen Rechtsstreit, der auf Rückzahlung des Vertrages gerichtet ist, den die Kläger von ihren Trinkgeldentnahmen an die Firma zahlen mußten.

Als der erste Fall dieser Art vor einigen Monaten vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts verhandelt wurde, bestritt die Firma die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Sie vertrat — wie wir damals berichteten — den Standpunkt, daß nicht ein Arbeits-, sondern ein Pachtverhältnis vorliege. Tatsächlich hat die Firma mit den Zahlkellnern einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie dem Zahlkellner in einem von ihr bestimmten Revier das Inlasso überträgt und ihn dagegen verpflichtet, von den durch ihn von den Gästen einlassierten Beträgen 5 Proz. an die Firma zu zahlen. Außerdem hat der Zahlkellner von seinen Trinkgeldentnahmen die Zuträger seines Reviers mit je 3 M. zu entlohnen. Das Gewerbegericht hat sich als zuständig erklärt, weil ein Arbeitsverhältnis vorliegt, dem durch den abgeschlossenen Vertrag nur der Schein eines Pachtverhältnisses gegeben werden solle. — Die Verurteilung, welche die klagende Firma gegen dies Zwischenurteil des Gewerbegerichts eingelegt hat, ist vom Landgericht verworfen und rechtskräftig geworden.

Nun hatte das Gewerbegericht über die Forderungen selbst zu entscheiden. Zwei von den Klägern standen am Montag zur Verhandlung vor der Kammer 6. Die Kläger begründeten ihre Forderung auf Rückzahlung der fünfprozentigen Abgabe damit, daß der Arbeitsvertrag, weil er eine solche Abgabe festsetzt, gegen die guten Sitten verstohe. Dagegen wandte der Vertreter der Beklagten ein, von einem Verstoß gegen die guten Sitten könne doch nur dann die Rede sein, wenn das Einkommen des Klägers so niedrig gewesen wäre, daß es als Hungerlohn bezeichnet werden müsse. Die Zahlkellner hätten aber ein recht gutes Einkommen. Sie veräuerten ein Jahreseinkommen von 3600 M., tatsächlich werde sich das Jahreseinkommen eines Zahlkellners auf 5000—6000 M. belaufen. Der Kläger, der die Rückzahlung von 1062 M. forderte, die er in etwa vier Monaten an die Firma abgeführt hatte, gab an, daß er nach Abzug aller an das Geschäft geleisteten Abgaben einen Tagesverdienst von etwa 6 M., in Ausnahmefällen 10 M. erzielt habe.

Das Gericht beschloß, Beweis darüber zu erheben, wie hoch die im Café Bauer im allgemeinen gezahlten Trinkgelder im Verhältnis zur Besoldung sind und ob die Einnahmen der Kläger durch die Abgabe an die Firma so stark belastet werden, daß ihr Verdienst hinter dem für Cafetellner sonst erreichbaren erheblich zurückbleibt.

# Chronik des Weltkrieges.

15. August 1914.

**Aufrufung des Landsturms für das ganze Deutsche Reich.**  
 Wie W. L. B. meldet, hat die italienische Regierung den Berliner Botschafter beauftragt, den unläufigen Gerüchten, daß Italien gegenüber Deutschland und Oesterreich eine wenig freundliche Stellung einnehme, als unbegründet zurückzuweisen.  
 Ähnlich wird gemeldet, daß in Kalkis auf die eingerückten deutschen Truppen aus dem Hinterhalt geschossen worden sei. Da es sich zweifellos um einen planmäßigen Angriff der nichtmilitärischen Bevölkerung handle, würden auch in Rußland die deutschen Truppen rücksichtslos einschreiten.

15. August 1915.

Der Vormarsch an der Ostfront dauert auf der ganzen Linie fort. Insgesamt werden abermals 12000 Gefangene eingebracht.  
 Auf dem italienischen Kriegsschauplatz lebhafteste Kämpfe im ganzen Grenzgebiet.  
 Freiherr v. Jeddlich erklärt es in der „Post“ für eine „Aufgabe des Tages“, die Arbeitsgemeinschaft zwischen den wirtschaftlichen Verbänden und den Politikern positiver Richtung zu erweitern zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen diesen und der Reichsregierung. Der Weg hierzu würde voraussichtlich der sein, die leitenden Männer jener Vereinigung zu positiver Mitarbeit bei der Vorbereitung für den künftigen Frieden heranzuziehen.

## Aus Groß-Berlin.

### Was über die Berliner Jugend gefabelt wird.

Es ist reichlich, was über Berlin in die Welt hinausgeschrien wird. Dieser Tage gingen uns verschiedene Zeitungen aus dem Reiche zu, in denen ein „Berliner Brief“ abgedruckt wird.

In der in Gumbinnen erscheinenden „Preussisch-Litauischen Zeitung“, in der in Glogau herausgegebenen „Neuen Nieder-sächsischen Zeitung“ wird der „Berliner Brief“ wiedergegeben. Wir lesen da u. a.:

„Das schwere Bootunglück auf der Dahme bei Grünau bildet immer noch das Tagesgespräch der Berliner. In der Tat ist aus dem bellagenden Ereignis viel für die Öffentlichkeit zu lernen. Zumal dieses: Fort mit den jugendlichen Personen von all' und jeder Tätigkeit, die irgend eine Verantwortung in Bezug auf die Sicherheit von Menschenleben in sich schließt! Schon lange macht sich das jugendliche Mämlische im Berliner Straßenleben unliebsam breit. Da sieht man sogenannte „grüne Jungen“ große Kollagen aufschieren, derweilen links und rechts das Verlehrsleben mächtige Wellen schlägt. Der Junge kann Sie, überqueren Sie seinen Weg, um Handumdrehen ins Jenseits befördern, wenn er nicht aufpaßt. Und das tut sie meistens nicht. So war es auch bei dem Schiffunglück. Es steht fest, daß der ebenfalls mit-ertrunkene Junge Walz früher schon nach Art der dümmsten Jungen sich über Mahnungen zur Achtsamkeit beim Bootfahren lustig gemacht hat. Jetzt, wo im eigentlichen und vielfachen Sinn „das Kind“ in den Brunnen gefallen ist, erhebt sich ein großes Geschrei gegen — die Polizei, die Strompolizei. . . Dieselbe gemeingefährliche Achtsamkeit kann man alle Sonntage auf allen Stromläufen der Umgegend beobachten. Da fahren blutjunge Bengels, die jetzt mit 14 und wenig mehr Jahren schon Geld „wie Heu“ verdienen, gleichgültige Räubers in Booten provozieren, ohne die leiseste Ahnung vom Steuern zu haben. Es wird dann noch, um forsch zu tun, lässig geschaukelt, bis das Ding umfällt und die Abkühlung aller erfolgt, die nicht immer mit einem Schnupfen nur endet, wie im Landwehrkanal, wo Hilfe von allen Seiten gleich zur Stelle ist. . .

Überhaupt die „liebe“ Jugend im Kriegesleben! Die Schuljungen schon reitet förmlich — entschuldigen Sie — der Deibel. Es fehlt die Zucht und die strafende Hand des Vaters, der draußen im Schützengraben weilt. Mutter wird meist von der Berliner rüden Jungen über die Nase angefaßt, und so bewachtlos die Schlinge desto mehr, je länger der Schulzwang durch Ferien aufgehoben ist. Was so eine Berliner Jöhre für Unheil, Unfug aller Arten anrichtet vermag, davon kann sich ein halbwegs gut erzogener „Provinz-Junge“ kaum eine Vorstellung machen. In gewissem Sinne haben auch die „gewissen“ Genossen Schuld an derlei Erscheinungen, denn sie sind — das gemilderte Vereinsgesetz gibt ja so viel Spielraum — mehr als je drauf aus, die halbflüchtige Jugend sich frühzeitig einzufangen, um später Stimmkapital für sich herauszuschlagen. Man laßt sie durch Massenveranstaltungen der „Großen“ zur Beteiligung an. Wollen Sie mal wissen, wie die Leute dann „leben“? Bitte, ich breche mit der Beantwortung dieser Frage nicht den kleinsten Burgfrieden, denn es stand im Regierungsanzeiger der bewußten Herrschaften, im „Vorwärts“, groß und deutlich zu lesen, was folgt:

Und nun wird eine Ankündigung des Dekonomen des Berliner Gewerkschaftshauses abgedruckt, von der jedermann weiß, daß sie mit der Verwaltung des Gewerkschaftshauses und mit den Gewerkschaften nicht das mindeste zu tun hat. Dann heißt es weiter:

„Ja, so leben — sie. Der Mittelstand kann's wahrlich nicht!“

Wir, die wir nicht „organisiert“ sind, müssen uns unsere tägliche Kriegsration nach wie vor heranziehen, immer wieder durch unsere armen Frauen forschen lassen, im Vorposteller und Laden, wo es etwas gibt.“

In diesem Tone geht es fort. Von den wirklichen Verhältnissen gibt der „Berliner Brief“ nicht die mindeste Vorstellung. Eine sachliche Widerlegung bedarf eine derartige Schreiberei kaum. Nur ein Wort über die Berliner Jugend. Soweit es sich um das Unglück auf der Dahme handelt, sprechen die Tatsachen gegen den „Berliner Brief“-Schreiber. Und dann der Hinweis auf die gewissen Genossen, die Schuld an „derlei Erscheinungen“ haben sollen, das gemilderte, erst kaum in Kraft getretene Vereinsgesetz muß zum Ueberflus auch noch herhalten, um das Gefasel zu begründen. Wir denken, diesen Schmutz am besten abzutun, wenn wir das Urteil eines an leitender Stelle der Berliner Fortbildungsschulen stehenden abdrucken, das in der letzten Nummer der „Korrespondenz der Lehrervereinigung“ enthalten ist. Dort heißt es:

„Uns sind Schüler bekannt, die fast alles verdiente Geld dem in der Fortbildungsschule stehenden Sparautomaten übergeben, denen also der reichliche Verdienst dieser Zeit nicht zu einer Quelle unwürdiger und schädlicher Gewinne geworden ist. Weiter sind uns zahllose Lehrlinge bekannt, die als einzige Stütze der das Geschäft allein weiterführenden Meisterin treu und zuverlässig gearbeitet haben, viel mehr und viel besser, als man das von

15- bis 16jährigen zu erwarten berechtigt ist. Was die Schulzucht anbelangt, so haben sich die Verfehlungen gegen die Schulordnung trotz des häufigen Lehrerwechsels und des Hin- und Herbewegens der Schüler von einer Klasse zur andern nicht vermehrt, eher sind sie geringer geworden.“

### Die Wirkung der neuen Milchverordnung.

Ein Milchhändler schreibt uns: „Als Milchhändler möchte ich Ihnen doch die Wirkungen der neuen Verordnung über die Milchversorgung vom 9. August 1916 schildern. Mein Lieferant hatte mir bis dahin nur mehr 85 Liter pro Tag geliefert. Nun sollte ich nach der neuen Verordnung nach § 1 das Quantum bekommen, das ich am 1. März 1916 erhielt. Diese Bestimmung klingt sehr schön, ist aber nur Sand in die Augen. § 2 sagt, daß, wenn der Lieferant selbst weniger Milch vom Produzenten erhält, er dieses Weniger seinen Abnehmern kürzen darf. Auch das ginge noch, wenn man prozentual weniger bekommen würde. Ich rechne auf 70 Liter täglich, da ich am 1. März 110 Liter bekam. Nun kommt das Schönste. Der Engroschändler darf soviel Milch im eigenen Laden behalten, daß er seine Markenkunden befriedigen kann. Also der Engroschändler darf seinen Kunden, die er sich dadurch herangezogen hatte, daß er seinen Abnehmern nichts mehr lieferte, um selbst recht gute Geschäfte zu machen, das volle Quantum auf Marken liefern. Für ihn ist es keine Kunst, jetzt 400 Kunden und mehr auf Marken zu haben. Ich bekomme entgegen der Verordnung täglich nur noch 31 Liter. Der Engroschändler darf ja für seine Markenkunden zurückbehalten. Welches er vom Bauern weniger geliefert, immer hat er sein Quantum für sich, alles darf er dem Kleinhändler abziehen. Ist das nicht der reine Hohn?“

Ich muß mit 81 Liter Kunden, die für 80 Liter Marken haben, versorgen, darunter Familien, die 4 bis 6 Kinder und täglich drei Liter zu beanspruchen haben. Was meine Kunden da bekommen, läßt sich ausrechnen.

Man sieht, daß die ganze Verordnung unter dem Einfluß der Engroschändler zustande gekommen ist. Zum September wird hoffentlich die Verteilung besser werden, aber die Großen werden wie überall bevorzugt.“

Das Armenamt XIII ist gestern von der Koloniestraße nach der Badstr. 10/10a verlegt worden.

Die größte Berliner Zentralküche am Alexanderplatz wurde gestern eröffnet. Sie hat ihren Platz in der Zentralmarkthalle in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Etwa 80 blicklaubere Kessel, deren jeder 600 Liter fassend sind hier aufgestellt. Der Zubereitung der Speisen dienen Kartoffel-Wasch- und Schälmaschinen, Gemüse-Putz- und Zerkleinerungsmaschinen. Als erstes Gericht gab es gestern Radeln mit Gulaschsaucen.

Zur Ausfüllung der Reisepässe an deutsche Reichsangehörige und der für jede Grenzüberquerung erforderlichen Sichtvermerke in Reisepässen der Fremden ist das Passbureau des Berliner Polizeipräsidiums nur zuständig, wenn die Stadt Berlin als Wohnort oder beim Fehlen eines Wohnortes im Deutschen Reich als dauernder Aufenthalt in Betracht kommt.

Wer weder seinen Wohnort noch seinen dauernden Aufenthalt im Deutschen Reich hat, muß sich Pass- oder Sichtvermerk von der Verwaltungsbehörde des Aufenthaltsortes geben lassen. Dies ist das Passbureau Berlin für die nach dem 1. August 1916 nach Deutschland gekommenen Reisenden nur dann, wenn die Stadt Berlin in dem Einreisepassvermerk ausdrücklich als letztes Reiseziel aufgeführt war.

Enthält ein Pass bereits einen von einer deutschen Konsulatsbehörde im Auslande erteilten Sichtvermerk zur Ein- und Ausreise und ist die darin für die Ausreise angegebene Frist noch nicht verstrichen, dann braucht zur Wiederausreise hier nur die An- und Abmeldung durch das örtlich zuständige Polizeirevier auf den Pass aufgetragen zu werden. Ein weiterer Sichtvermerk einer inländischen Verwaltungsbehörde ist dann nicht mehr erforderlich.

### Ohne Rindfleisch kein Schweinefleisch?

Eine uns zugegangene Beschwerde klagt, daß in einem Schlächterladen man ein paar Kundinnen nötigen wollte, sofort ihre ganze Wochenmenge Fleisch zu kaufen. Beide Kundinnen hatten je drei Fleischkarten, was in dem Geschäft natürlich bekannt war, aber für jede der beiden Familien wurde zunächst nur ein halbes Pfund Schweinefleisch gewünscht. Die Schlächterfrau antwortete, sie könnten nur dann das Schweinefleisch erhalten, wenn sie zugleich auch Rindfleisch auf ihre übrigen Karten entnahmen. Das wurde abgelehnt, die Schlächterfrau wollte aber anders ihr Schweinefleisch diesen Kundinnen nicht geben — und so gingen sie mit leeren Händen heim.

Es ist zweifellos, daß die Weigerung, Schweinefleisch allein zu verkaufen, unzulässig war. Der Gedanke liegt nahe, daß die Schlächterfrau sich von dem Wunsch leiten ließ, die ganze ihr zugewiesene Ware auch sicher los zu werden. Das wäre immerhin begreiflich, aber an der Unzulässigkeit ihres Vorgehens wird dadurch nichts geändert. Kein Schlächter kann verlangen, daß die bei ihm eingetragenen Kunden regelmäßig die ganze ihnen auf ihre Fleischkarte zustehende Menge entnehmen. Es gibt Leute, die selbst die gewiß nicht reichlich bemessene Fleischration nicht allwöchentlich voll beanspruchen, weil in Anbetracht der Magerkeit ihres Geldbeutels ihnen der Fleischpreis zu hoch ist. Will ein Schlächter sie zwingen, aus Rücksicht auf ihn mehr Fleisch zu kaufen, als ihrem eigenen Wunsch entspricht? Auch wo die volle Ausnutzung der Fleischkarten beabsichtigt ist, kann keinem Kunden ein sofortiger Kauf der Wochenmenge zugemutet werden. Nicht jeder hat immer soviel Geld beisammen, und überdies läßt im Sommer auf Vorrat gekauftes Fleisch sich nicht leicht Tage lang aufbewahren.

Für das Verfahren, kein Schweinefleisch ohne Rindfleisch abzugeben, wäre noch ein anderer Grund denkbar. Manchmal hat ein Schlächter die an sich sehr lobenswerte Absicht, eine gleichmäßige Verteilung der verschiedenen Fleischsorten zu erreichen. Sehr viel mehr als das Rindfleisch wird regelmäßig das Schweinefleisch begehrt, weil dieses mehr Fett enthält und nicht ganz so hoch im Preise steht. Die Schlächter haben da ihre liebe Not, möglichst jeder Kundin ihr bißchen Schweinefleisch zu sichern. Wenn eine Kundin ihren ganzen Kartenvorrat in Schweinefleisch anlegen möchte, findet man sie zum Teil mit Rindfleisch ab, weil ja noch andere Leute Schweinefleisch haben wollen. So lag aber die Sache nicht in dem geschilderten Fall. Ausdrücklich wurde versichert man uns, auf nur eine der drei Karten ein halbes Pfund Schweinefleisch gefordert.

### Doppelselbstmord in Friedenau.

Freiwillig in den Tod gegangen sind zwei ältere Damen, die in der Handjersstraße in Friedenau seit langer Zeit eine gemeinsame Wohnung inne hatten. Am Sonnabend schieden sie ihr Dienst-

mädchen zum Einlauf nach Berlin, verhängten dann die Fenster und Türen der Wohnung mit Teppichen, öffneten in der Küche die Gashähne und erwarteten so den Tod. Als Hausbewohner den Gasgeruch wahrnahmen und der Hauswirt die Wohnung öffnen ließ, fand man beide Damen leblos vor. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr hatten keinen Erfolg. Die Leichen der Lebensmüden wurden nach der Friedenauer Leichenhalle gebracht. Der Grund zu der Tat soll in einem nervösen Leiden und Nahrungssorgen zu suchen sein.

### Hauseigentümer und Kriegerfrau.

Der Lichtenberger Hauseigentümer Gustav Brodke, dessen Mietmahndrief an eine in seinem Hause wohnende Kriegerfrau Lewin wir in Nr. 219 veröffentlichten, hat nun auch uns eine Zuschrift geschickt. Entschuldigt er sich, daß er die schwangere Frau in jenem Brief auf ihren bisherigen Kindersegen hingewiesen hat? Spricht er sein Bedauern darüber aus, ihr geschrieben zu haben, daß sie „alle 9 Monat mit der Beschäftigung auf der Nachbarschaft Stunden lang kassiert“? Nein, das scheint Herr Brodke nicht für nötig zu halten. In dem Brief an uns richtet er weitere Vorwürfe gegen Frau Lewin und jetzt zugleich gegen ihren Ehemann, der schon seit mehreren Monaten wieder im Felde ist. Obwohl wir mit Vorbedacht über Herrn Brodke nicht ein Wort gesagt hatten und er gar keinen Anspruch auf Aufnahme einer Erwiderung hat, erwartet er, daß wir auch diese Zuschrift noch abdrucken. Ach, das wäre denn doch zuviel verlangt! Warum Herr Brodke seinen Brief mit den neuen Vorwürfen eine „Richtigstellung“ nennt, ist nicht klar. Will er sich selber „berichtigen“? Seine in dem Brief an Frau Lewin enthaltene Äußerung, daß er sie „jedemal 3-mal und noch öfter“ mahnen müsse, wird jetzt abgeschwächt. Jetzt schreibt er, „fast jeden Monat mehrmals“ müsse er mahnen. Vielleicht schwebt ihm dabei vor, daß Frau Lewin den nach Abzug der Mietebeiträge noch von ihr zu zahlenden Mieteanteil nicht sogleich am Monatsersten vollständig mit 14,50 M., sondern in zwei Raten von je 7,25 M. um Monatsanfang und Monatsmitte zu entrichten pflegt. Sie zahlt so, weil auch die ihr als Kriegerfrau zustehende Unterstützung für sie und ihre Kinder in Halbmonatsraten ausgezahlt wird. Feststellen wollen wir, daß die Frau nicht etwa Monate hindurch bedeutende Mietreste schuldig geblieben ist. Zurzeit hat der Wirt nichts weiter von ihr zu fordern als noch 7,25 M., die er wieder statt am Monatsersten um die Monatsmitte erhalten wird. Bisher ist Herrn Brodke durch Frau Lewin noch nicht ein Pfennig Miete verloren gegangen. Unseres Erachtens hätte Herr Brodke in seinem eigenen Interesse besser getan, nicht eine nochmalige Erörterung seines an Frau Lewin gerichteten Briefes herbeizuführen. Gewinnen kann er dabei nichts. Er müßte doch wohl selber den Wunsch haben, diesen schlimmen Mißgriff möglichst bald in Vergessenheit zu bringen.

**Arbeiterbildungsschule.** Donnerstag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, findet der übliche wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Er ist diesmal einem wichtigen Ereignis unserer Parteigeschichte gewidmet. Am 17. August 1875 fand der Einigungskongress in Gotha statt. Genosse Eduard Bernstein wird die Bedeutung dieses Kongresses für die Arbeiterbewegung darlegen.

Der Vortrag findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen statt. Eintrittsgeld 10 Pf.

### Ein Fest der Arbeiterjugend.

Einen guten Verlauf nahm der diesjährige Massenaustrug der Groß-Berliner Arbeiterjugend am vergangenen Sonntag. Von frühmorgens an waren die Jugendlichen allerorts aufgedrungen, in leichter Kleidung, mit Anzack und Wanderstab, mit Lieberbüchern und Mandolinen — so, wie es sich für eine frühfrühlingsliche Jugend gehört, die einen Tag draußen im Freien verbringen will. Gegen 1 Uhr mittags begann es am Bahnhof Köpenick, dem allgemeinen Treffpunkt, lebendig zu werden. Von allen Seiten strömten größere und kleinere Trupps herbei, frohe Lieder singend, und in musterhafter Ordnung. Bald ging's in langem, geschlossenem Zuge, mit Schildern und Bannern — diesmal ohne die in früheren Jahren so unermüdliche polizeiliche Begleitung — zum Festplatze nach Raulsdorf-Süd, Restaurant Sand-souci. Hier auf mehreren großen, buschbesäumten Wiesen begann nun ein buntes und lebendiges Treiben. Nachdem dem Wagen sein in der gegenwärtigen Zeit so! so befehdendes Recht geworden war, hieß es: Antreten zu Gesellschafts-, Ball- und sonstigen Spielen und überall bildeten sich fröhliche Gruppen.

Gegen 5 Uhr begann ein kurzes Festprogramm, eingeleitet mit dem Vortrage des Gedichtes „Sieg der Freude“ von Verfasser: „Unseres Tages wollen wir uns freuen und singen.“

Dann hielt Herr Walder Kana eine zündende Ansprache, der noch zwei Gedichte folgten, vorgelesen vom Rezitator Hans Heinz Fuhrmann. Sämtliche Darbietungen fanden musterhafte Aufmerksamkeit und begeisterten Beifall bei den jugendlichen Hörern sowohl, die dichtgedrängt im Kreise saßen, als auch bei den zahlreich herumstehenden Erwachsenen. Mit dem gemeinsamen Gesang eines Liedes schloß das kurze und doch überaus eindrucksvolle Festprogramm.

Es folgten sodann noch turnerische Aufführungen durch den Turnverein „Fichte“ und sonstige sportliche Darbietungen, bis eine allgemeine photographische Aufnahme den offiziellen Teil des Festes beschloß. Aber obwohl bereits der Abend herangenaht war und zum Ausbruch mahnte, blieben doch noch zahlreiche Gruppen zusammen, bis die schnell hereinbrechende Dunkelheit dem munteren Treiben ein Ziel setzte.

Wohl gegen 1500 Jugendliche beiderlei Geschlechts hatten sich eingefunden, ganz abgesehen von den zahlreichen erwachsenen Gästen. Auch der Himmel, der vormittags recht mürrisch dreinschaute, hatte ein Einsehen und zeigte zum Nachmittage ein recht freundliches Gesicht.

Schnell, viel zu schnell war der Jugend der Nachmittage vergangen, der wohl noch lange in der Erinnerung aller Teilnehmer fortleben wird. War doch sein gelungener Verlauf ein schöner Beweis für die Solidarität und die sich auch in der trübsten Zeit durchziehende freudige Lebensbejahung der arbeitenden Jugend Groß-Berlins.

Ein Geldtäschchen mit Inhalt ist auf dem Festplatze gefunden worden. Dasselbe kann abgeholt werden im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich gestern früh die 70 Jahre alte Aufwärtin Ernestine Hoffmann an der Fischerbrücke 10 das Leben genommen. Das greise Fräulein, das für sich allein lebte und hauste, litt seit längerer Zeit an Nervenreizen. Die Schmerzen waren oft unerträglich. In einem Anfälle sprang die Kranke gestern früh aus dem dritten Stock auf den Bürgersteig hinab. Ein Mann aus dem Hause, der um 5 Uhr wegging, fand sie tot daliegend. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Eine Liebesstrafgeißel wird aus der Tüftler Straße 83 gemeldet. Hier wohnte als Junggeheile der 30 Jahre alte Lagerist Karl Rudolf, der ein Liebesverhältnis mit der 21 Jahre alten Anna Red hatte. Diese war seit dem 9. d. M. von einem Ausgange nicht in ihre Wohnung zurückgekehrt. Gestern nahm man von der Wohnung des R. einen Gasgeruch wahr, ließ sie öffnen und fand R. und seine Geliebte tot im Bette liegen. Die beiden hatten sich mit Gas vergiftet.

Ein schwerer Straßenunfall hat sich am Sonntagmittag in Lichtenberg ausgezogen. In der Straße Alt-Vogelagen versuchte der 34jährige Tischler Hugo Janssdorf kurz vor einem in der Richtung nach Berlin verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 77 das Weis zu überschreiten. Er hatte jedoch die Entfernung überschätzt und wurde von dem Bahnwagen erfasst und umgestoßen. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster erlitt J. eine schwere Schädelverletzung, die seine Aufnahme in das Krankenhaus Friedrichshain notwendig machte.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin und Kreis Brandenburg. Am Sonntag, den 20. August, nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Spielplatz am Karpenteich zu Trepow bei Berlin eine öffentliche Übung statt.

Die Übung soll stattfinden, um dem Publikum und den Behörden ein anschauliches Bild von der Arbeit und Ausbildung der Mitglieder zu geben und daß trotz des Krieges immer noch Männer und Frauen vorhanden sind, welche das Arbeiter-Samariterwesen hoch halten.

Das Anlegen von Notverbänden mit Verbandmaterial, insbesondere die erste Hilfe ohne Anwendung von Verbandstoffen, die einfachen Hilfsmittel sollen vor Augen geführt werden. Auch der Transport Verunglückter und Erkrankter auf Tragen sowie der Verunglückten wird veranschaulicht. Bei den Festen, der Sammelort der Verunglückten, werden die angelegten Verbände einer eingehenden Kritik von Ärzten sowie dem Vorsitzenden des Arbeiter-Samariterbundes unterzogen.

Ein großes Fest mit allen für die erste Hilfeleistung in Betracht kommenden Instrumenten und Einrichtungen wird zur allgemeinen Beschäftigung aufgestellt: Hochgelegenheit, Sterilisierapparat, Thermophoren, Magen-Schläuche usw. sowie sämtliche Verbandartikel werden erläutert. Auch ist das Lehrmaterial veranschaulicht: Torso, Wundbilder und dergleichen.

Vermischt wird seit dem 24. Mai 1916 der Musikföhrer Walter Trettin, Infanterieregiment Nr. 24, 1. Kompagnie. Auskunft erbeten an Robert Trettin, Berlin, Mauertstr. 85 II.

## Aus den Gemeinden.

### Charlottenburger Säuglingsfürsorge im Kriege.

Wie wir dem Verwaltungsbericht über das Jahr 1914 entnehmen, ist die Säuglingssterblichkeit in den ersten Wochen des Krieges gestiegen. Der Magistrat führt diese Erscheinung zurück auf den ungünstigen Einfluß der Sommerhitze in Verbindung mit der durch den Kriegsbeginn außerordentlich gesteigerten Seelenregung der Bevölkerung. Die stehende und die ihr Kind pflegende, um ihren Gatten bangende Mutter mußte dadurch in der Kinderpflege ungünstig beeinflusst werden. Später besserte sich die Sterblichkeit der Säuglinge. Nach Abklingen der Sommerhitze befanden sich die Mütter in ruhiger Stimmung; ob, wie der Bericht besonders hervorhebt, auch ihre Lage eine gesicherte war, bleibt dahingestellt. Allerdings glaubt Prof. Müller zahlenmäßig nachgewiesen zu haben, daß die Stadt Charlottenburg den Ansprüchen der Kriegsunterstützung beziehend Bevölkerung bisher durchaus gerecht wurde, aber in der Praxis sieht es doch wesentlich anders aus. Wir unterlassen es, an dieser Stelle des näheren darauf einzugehen und wollen zur Beurteilung der Verhältnisse nur an die schon von Karl Marx hervorgehobene Erscheinung hinweisen, daß selbst ungünstige wirtschaftliche Veränderungen, sobald sie nur die Frauensarbeit einschränken und der Mutter Gelegenheit geben, sich um ihr Kind mehr zu kümmern und häufiger Brustnahrung zu geben, den Gesundheitszustand des Säuglings vorteilhaft beeinflussen. Daß dies Moment auch für Charlottenburg ausnahmslos geltend sein dürfte, ergibt sich aus der ganz bedeutenden Abnahme der zur Unterbringung der Kinder arbeitender Mütter dienenden Stricken. Aber wie dem auch sei, der Zustand der Föhrer war nicht von langer Dauer, denn in der Folge wurden die Frauen in immer größerem Umfang zur Arbeit als Ersatz der fehlenden Männer herangezogen und vor allem änderten sich durch die zunehmende Teuerung die Ernährungsverhältnisse, die Milch wurde knapper, sehr teuer und durch veränderte Ernährung der Mütter wohl auch weniger gehaltvoll. Charakteristisch ist auch die vielfach von den ärztlichen Leitern der Säuglingsfürsorge gemachte Beobachtung, daß die Kinder von Frauen von Kriegsteilnehmern, die nach Kriegsausbruch geboren werden, zuweilen geringere Körpergröße und gewisse nervöse Störungen aufweisen. Die Verwaltung kommt zu dem Ergebnis, daß die Beobachtungen über den Einfluß des Krieges auf die Geburtenbewegung von einem Abschluß noch sehr weit entfernt sind. Erfreulich ist es, daß sie in der vollen Erkenntnis der Notwendigkeit gerade während des Krieges der Fürsorge für die Säuglinge besondere Sorgfalt zu schenken, keine einzige der bewährten Einrichtungen aufzugeben oder einzuschränken, im Gegenteil die bestehenden weiter auszugestalten beschlossen hat. Die Säuglingsfürsorge stellen haben sich genau so wie im Frieden weiter entwickelt, in bezug auf die Zusammenfassung, Beratungsgesellschaften, Verfassungszusammenlegung der Anstalten, Dauer der Fürsorge usw. ist nicht die geringste Veränderung eingetreten. Nur die Besucherzahl der Säuglingsfürsorge weist eine nicht unerhebliche Abnahme auf. Im Zusammenhang hiermit sei die Frage der Geburten-abnahme kurz gestreift. Von vornherein war eine Abnahme der Geburten für einen bestimmten, von der Dauer des Krieges abhängigen Zeitabschnitt zu erwarten, dem nach dem Kriege eine auf mehrere Jahre sich erstreckende Zunahme folgen dürfte. Die unerwartete Länge des Krieges, die allmähliche Einziehung immer zahlreicher Kreise und der Umstand, daß in den ersten Monaten mehr Unverheiratete, jetzt hingegen immer mehr Verheiratete einberufen werden, schafft so wechselnde Zustände, daß die Frage der Geburtenabnahme für eine Prüfung noch nicht reif ist, zumal da sie durch die vielen Kriegstroungen und die in früheren Jahren weniger ständigen Verurlaubungen kompliziert wird. Bei der Geburtenabnahme durch den Krieg kommt noch die Unterbrechung der Schwangerschaft in Frage und zwar sowohl die durch Erregungen oder veränderte Lebensweise eingetretene als auch die zur Verhütung von Fehlgeburten künstlich herbeigeföhrte. Ueber Veränderungen in der Zahl der Fehlgeburten während des Krieges lassen sich heute noch keine Angaben machen, zumal da diese Figuren überhaupt schwer zu fassen sind. Da aber über die Zunahme verdorbenen Fehlgeburten in Verallgemeinerung einzelner Fälle hier und da irrtümliche Behauptungen aufgestellt werden, so sei ausdrücklich hervorgehoben, daß die Zahl der Aborten überhaupt, insbesondere der mit Blutvergiftung verbundenen Fehlgeburten, die den Krankenhäusern zugehen, und unter denen die so vielfach unglücklich ablaufenden verdorbenen Eingriffe sich befinden, in Charlottenburg gegenüber den Vorjahren in den bisherigen Kriegsmontaten sogar eine nicht unerhebliche Abnahme erfahren hat.

### Krankenkarten in Wilmersdorf.

Die Ausgabe der auf Grund ärztlichen Attestes bewilligten Karten, Fleisch- usw. Zusatzkarten — außer Militärkarten — an Kranke und Konvaleszenten erfolgt in Wilmersdorf für die Zeit vom 21. August bis 17. September 1916 durch das Statistische Amt, Gasteiner Str. 11, III, Zimmer 22. Es werden abgefertigt in der Zeit von 9—2 Uhr am 10. August Buchstaben A—E; 17. August Buchstaben F—J; 18. August Buchstaben K—M; 19. August Buch-

staben N—R; 21. August Buchstaben S—V; 22. August Buchstaben W—Z. Die Ueberleitung der Zusatzkarten durch die Post erfolgt nun gegen vorherige Einsendung des erforderlichen Briefpostens und auf Gefahr des Empfängers.

Der Neulöner Stadtbaurat Best ist an einer schweren Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hat, gestorben. Best hat nur wenige Jahre dem Magistrat angehört. Er wurde seinerzeit als Nachfolger des verstorbenen Baurats Niehl einstimmig gewählt und hat es verstanden, sich dieses Vertrauen zu erhalten. Die Stadt trifft daher ein schweren Verlust.

### Zu den Parteidifferenzen in Teltow-Beeskow.

Von den unterzeichneten Dräger Gemeindevorstellern werden wir um Aufnahme nachstehender Berichtigung zu dem Bericht der letzten Dräger Mitgliederversammlung auf Grund des Preßgesetzes ersucht:

Nicht allein Schröder wurde als Kandidat vorgeschlagen, wie es im Bericht heißt, sondern Schröder, Kipping und Gutschmidt. Kipping lehnte ab. Zu einer eventuellen Kandidatur Schröder oder Gutschmidt sollte in einer späteren Sitzung endgültig Stellung genommen werden. Inzwischen stellte sich Schröder, ohne von der Fraktion dazu einen Auftrag zu haben, bürgerlichen Vertretern als Kandidat der dritten Abteilung für die Schöffenwahl vor. Aus dieser Veranlassung heraus fand eine Fraktionsführung statt, zu welcher auch Schröder geladen aber nicht erschienen war. Nicht deswegen, weil Schröder einem Spartacusvorstand angehört, wurde er nicht als Kandidat normiert, sondern es wurde Gutschmidt als der geeignete Kandidat aufgestellt, nachdem er wiederholtem Drängen zu kandidieren nachgegeben hatte. Unrichtig ist ferner die Behauptung, wir würden einem Beschlusse der Parteidifferenzen am Orte nicht folgen, ferner: wir hätten uns einer Verantwortung vor den Mitgliedern entzogen.

Dr. Kipping, E. Eberhardt, F. Gutschmidt.

## Gerichtszeitung.

### Wasser statt Wurst.

Welche Anschauungen über eigenmächtigen Wasserguß zur Wurst in führenden Rehgereckreisen bestehen, darüber gibt das Gutachten des Obermeisters der Rehgereckerei in Reddinghausen Aufschluß, das dieser in einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Bochum dieser Tage abgab.

Angeklagt wegen Nahrungsmittelfälschung war ein Rehgereckmeister in Reddinghausen, weil eine bei ihm entnommene Fleischwurstprobe 19 Proz. Wasser enthalte hatte. Vom Reddinghauser Schöffengericht war Freisprechung erfolgt. Auf Berufung des Amtsanwalts hatte sich die Bochumer Strafkammer mit der Sache zu befassen.

Der Obermeister der Reddinghauser Rehgereckerei in Reddinghausen gab vor Gericht nun folgendes Gutachten ab. In der Kriegszeit komme viel Jungvieh auf den Markt, dessen Fleisch infolge der mangelhaften Fütterung viel Wasser enthalte. Im übrigen müsse der Wurstmasse viel Wasser zugefügt werden, weil sie sonst nicht zusammenhalte, die Wurst kein gutes Aussehen habe und nicht schnittfest werde. Je mehr Wasser die Wurst enthalte, um so besser sei sie. Das Publikum wolle eine saftige Ware haben. Er wundere sich, daß die beanstandete Wurst nicht mehr Wasser enthalte. Von dem Wasserguß hätten die Rehgereckerei keinen Nutzen. Der Chemiker Dr. Baumann aus Reddinghausen trat gegen dieses Gutachten auf, nachdem ja eigentlich reines Wasser die beste Wurst wäre. Er führte aus: Wenn es auch zuträfe, daß schlechtere Tiere mehr Wasser aufwiesen als gute, so werde dieser Umstand von den Rehgereckern doch zu dem offensichtlichlichen Zweck arg übertrieben, um eine Ablenkung für den Wasserguß zu haben. Nach seinen Untersuchungen auf dem Schlachthof in Reddinghausen sei der Wassergehalt des dort geschlachteten Viehes ein normaler gewesen. Der Wasserguß zur Wurstmasse sei zu dem Zweck, die Wurst schnittfest zu machen, in geringen Mengen zulässig. Aber das Publikum müsse sich bedanken, für teures Geld einen hohen Prozentsatz an Wassermengen mit der Wurst zu kaufen. Das zugefügte Wasser sei bei der chemischen Analyse von dem organischen Wasser genau zu unterscheiden und festzustellen. Es sei selbstverständlich, daß der Rehgereckere durch das zugefügte Wasser einen besonderen Gewinn habe. Das Gericht verurteilte den Schlächtermeister zu 50 M. Strafe.

Die Verhandlung zeigt, welchen Wert die Gutachten von Interessenten haben. Es ist nur nicht immer so leicht wie hier, sie auf ihren wahren Wert zurückzuführen.

### Stiefel mit Pappsohlen.

Zur Bekämpfung des Grundgesetzes „außen hin und innen rein“, der sich bei so vielen Gändlern mit Partei- und Ramschwärenstiefeln eingebürgert hatte, ist die bekannte Bundesratsverordnung gegen den Verkauf von Stiefeln mit Pappsohlen erlassen worden. Wie Pappe statt Leder verkauft wird, zeigte eine Anklage wegen fortgesetzten Betruges, die gestern gegen die Inhaberin einer Schuhwarenhandlung in Steglitz Frau Helene Rademacher und deren Verkäuferin Charlotte Feige vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg verhandelt wurde.

Frau R. hatte von ihrem Bruder ein Schuhwarengeschäft eingerichtet bekommen, das sich großen Zuspruchs erfreute, da dort billige Stiefel und Schuhe feilgeboten wurden, die Frau R. von Großhändlern bezog. Nun waren bei der Polizeibehörde häufig Klagen von Verkäufern eingegangen, die Stiefel der beschriebenen Art bei der Angeklagten gekauft hatten und dabei gründlich hineingefallen waren. Nach den Darstellungen der Beschwerdeföhrer sind die Stiefel, die als „gute, haltbare Lederstiefel“ gekauft und allerdings zu sehr niedrigem Preise erstanden waren, in ganz kurzer Zeit entzweielt gegangen. Das lag daran, daß die Sohlen aus Pappe mit einer ganz dünnen Lederschicht überzogen, bestanden. So kam es, daß in einem der zur Anklage gestellten Fälle die Sohlen sich lösten, als der glückliche Käufer damit ins Wasser getreten hatte, in einem andern Falle hielten die Stiefel gerade vier Nachmittage aus, in einem dritten Falle waren die verlangten „guten Kinderstiefel“ erst zweimal getragen, als schon die Sohle total heruntergerissen war. Die Käufer waren teils von Frau R., teils von der mitangeklagten Verkäuferin bedient worden; wenn sie mit den Schuhstiefeln in das Geschäft zurückkehrten und ordnungsmäßige Befolgung bzw. Rücknahme der Stiefel verlangten, ergielten sie entweder gar keinen Erfolg oder hatten doch große Schwierigkeiten zu überwinden. In einem Falle war es sogar zu einem Zivilprozeß gekommen. — Die Angeklagte R. bestritt ihre Schuld und verwies darauf, daß sie die Stiefel doch von Großhändlern gekauft habe und daß die Käufer sich doch selbst hätten sagen müssen, daß sie für die gezahlten geringen Preise unter den heutigen Verhältnissen unmöglich ladelose Stiefel voll aus Leder erhalten konnten. — Das Gericht war der Meinung, daß sich beide Angeklagte des Betruges schuldig gemacht haben. Wenn ein auch noch so weltfremder Mensch in einem Geschäft gute, dauerhafte Stiefel verlangt, so befindet er sich in dem Glauben, daß er ein Fabrikat aus Leder bekommt, in welchem keine Pappe verarbeitet werden. Kein Mensch würde für ein solches Paar Stiefel auch nur den niedrigsten Preis gezahlt haben, wenn er gewußt hätte, daß die Sohlen in Wahrheit nicht aus Leder, sondern aus Pappe bestanden. Frau R., die als die Seele des Ganzen zu betrachten sei

und es anscheinend für ihr gutes Recht halte, solche Stiefel zu verkaufen, wurde zu 500 M. Geldstrafe, die unter ihrem Einfluß handelnde Witwengattin zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Für den Fall der Nichtbeitreibung der Geldstrafe wurden 50 bzw. 5 Tage Gefängnis festgesetzt.

Man darf auf die Verhandlung gegen den „Großhändler“ gespannt sein.

## Aus aller Welt.

### Große Getreideschiebungen.

Ein großer Prozeß, der sich mit den Nachschafften einer großen Zahl von Getreidehändlern zu beschäftigen haben wird, ist in nächster Zeit zu erwarten. Die Betroffenen haben es verstanden, durch allerhand Schiebungen aus Westpreußen große Vorräte von Getreide und Mehl unter falscher Deklaration nach Berlin zu schmuggeln, wo die Waren eingelagert und dann zu Bucherpreisen — man spricht von 300 Proz. Gewinnaufschlag — verkauft wurden. Bisher sind ungefähr 100 Personen in die Untersuchung verwickelt, darunter auch mehrere Bahnhofs-vorsteher, mit deren Hilfe das Getreide unter falscher Deklaration weiterbefördert wurde.

Unaufgeklärtes Drama in Rön. Montag morgen wurde der Direktor Walter von der Deutzer Gummiwarenfabrik zu Köln-Deutz in seinem Bett ermordet aufgefunden. Seine Geliebte, eine Frau Rengel, lag in einer Blutlache ebenfalls tot vor seiner Lagerstätte. Die näheren Umstände sind noch nicht aufgeklärt, doch glaubt man Anhaltspunkte dafür zu haben, daß Frau Rengel die Mordtat vollführt und darauf Selbstmord verübt hat.

Mord und Selbstmordversuch. In Hannover erschof am Sonnabend ein Handlungsgehilfe eine Kontoristin und richtete die Waffe dann gegen sich selbst. Der Täter ist schwer verwundet und konnte noch nicht vernommen werden. Ueber die Gründe zu der Tat ist noch nichts bekannt.

Feuer im Hamburger Hafen. In einem Speicher auf Steinwärd bei Hamburg entstand am Montagmorgen ein Brand, der sich bald sehr ausdehnte und ziemlich bedeutenden Schaden anrichtete. Der Feuerwehrt gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und die Gefahr von den bedrohten Nachbargebäuden abzuwenden.

### Parteiveranstaltungen.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 16. August, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schäfer, Brandenburgerstr. 69. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Erntewahlen zum Vorstand.

Treptow-Baumshulenberg. Umstände halber findet die außerordentliche Generalversammlung des Bahndienstes erst am Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kubat, Parkstraße, Ecke Am Treptower Park, statt. Tagesordnung: Ergänzungswahlen zum Vorstand, Vereinskongressen.

Im unzureichendsten Einfließen von Beiträgen zu verhindern, werden die Monatsblätter mit Ausweiskarten versehen, welche neben der Unterschrift des Genossen Freigang den ovalen Vereinsstempel tragen.

Karlshorst. Die Bahndienstversammlung findet nicht am Mittwoch, sondern heute am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Fürstenbad statt.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Oberschöneweide. Heute, nachmittags 5 Uhr, in der Aula der Hindenburgschule (Gymnasium).

### Schwimmsport.

Am letzten Sonntag veranstaltete der Arbeiter-Schwimmverein in Berlin sein diesjähriges Schwimmfest im Beckenbad Blöhensee. Durch die Trübungsverhältnisse des Beckens 1. Jahrestag unterläßt, nahmen die Wettkämpfe einen guten Verlauf und kann man sagen, daß die Arbeiterschwimmvereine auf dem besten Wege ist, mitzuhalten an der gesundheitlichen Stärkung der Arbeiterschaft.

Resultate der Wettkämpfe: Damenschwimmen: 1. Langer, Weihensee, 1,40 Min. 2. Totes Rennen R. Schulz, Berlin III und Jahnstr. Lichtenberg, 1,50 Min. 3. E. Jahnstr., Lichtenberg, 2 Min. Jugendstaffette: 1. Weihensee 2,48 Min. 2. Berlin IV und Neulöner II Totes Rennen 3,22 Min. Männerstaffette: 1. Weihensee 2,36 Min. 2. Adenick 2,44 Min. 3. Lichtenberg 2,46 Min. Waddeln: 1. Knothe, Weihensee 1,22 Min. 2. Riß, Oberschöneweide 1,28 Min. 3. Hamann, Potsdam 1,35 Min. Jugendruderstaffette: 1. Riß, Neulöner 1,22 Min. 2. Ramin, Weihensee 1,37 Min. 3. Totes Rennen Rulad, Adenick, und Raulhardt, Neulöner 1,45 Min. Männerbringen: 1. D. Renschel, Weihensee 16 Min. 2. Renschel, Lichtenberg 15 Min. 3. Renschel, Oberschöneweide 15 Punkte. Damenschtaffette: 1. Totes Rennen, Neulöner I und Weihensee 2,31 Min. 2. Lichtenberg 2,40 Min. Vereinswettbewerb: 1. Potsdam 13 Punkte, 2. Oberschöneweide 7 Punkte. Hauptschwimmen: 1. Besser, Oberschöneweide 4,6 Min. 2. Seidow, Lichtenberg 4,27 Min. 3. Leibig, Zehl 4,36 Min. Knabenstaffette: 1. Müller, Berlin III 0,48 Min. 2. Neumann, Oberschöneweide 0,50 Min. 3. Lampe, Berlin IV 0,57 Min. Reiberschwimmen: 1. Bels, Berlin III 3,11 Min. 2. Rulad, Adenick 3,26 Min. 3. Knoth, Berlin IV 3,57 Min.

### Eingegangene Druckschriften.

Die Glocke. Sozialistische Wochenchrift, Heft 20. Herausgeber: Varous, W. H. — Verlag für Sozialwissenschaft, München.

Das Einmachen der Früchte und Gemüse. Von Frau Rose Stolle. 1 M. — H. Köhler, Dramburg.

Vom lachenden Leben. Eine Kuffele aus J. Anders' Schriften von W. Voed. 29 S. — Dr. E. Grunow, Leipzig.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten zwischen 3. IV. Gotzsch, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Aufschlag und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsausweisung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. H. 2. Wenden Sie sich direkt an die Vorsteher der einzelnen Kreise. Geller ist die 5. Reihe in der Markthalle am Alexanderplatz eröffnet worden, die 6. in der Markthalle Bäckerei. 34 wird am 21. August eröffnet. — 100. St. Landhumpfschlag; nach Verletzungen oder Krankheiten zurückgebliebene Schwäche eines größeren Gelenks oder chronische Gelenkerkrankungen ohne Formveränderungen. — G. I. Rein. — Opp. Wenden Sie sich mit einem Besuch an das ausländische Stellvertretende Generalkommando. — G. D. 100. Die Mutter hat Anspruch auf Kriegsunterstützung. Der Antrag ist bei der zuständigen Steuerbehörde zu stellen. — G. D. 11. 1. Der von Ihnen angegebene Grund erscheint für eine Scheidung nicht hinreichend. 2. und 3. Rein. — W. G. 11. 1. Da Ihnen als Vater das Erziehungsbrecht zusteht, haben Sie darüber die Bestimmung zu treffen. 2. Auch dann steht Ihnen das Verwaltungsrecht darüber zu. — Braunschweig 1883. Wir halten es am zweckmäßigsten, wenn Sie persönlich mit dem Krankenlastenrat in unsere juristische Sprechstunde nachmittags von 4—7 Uhr, Sonnabends von 5—6 Uhr kommen würden.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Nimmlich warm und kühl, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt, frühweils Gewitterregen.